

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 1.50 RM., monatlich 1.10 RM. wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer und illustriertes Sonntagsheft „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 RM. pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Anzeigeband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2.50 RM., für das übrige Ausland 4 RM. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Bekanntmachungs-Anzeigen 30 Pf. Kleine Anzeigen: das jeitgedruckte Wort 20 Pf. (zweifig 2 jeitgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenvermittlungen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.

Verleger: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Donnerstag, den 14. Oktober 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Verleger: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

# Beginn der Feindseligkeiten zwischen Serbien und Bulgarien.

## Vom Balkan.

### Bulgarien greift ein.

Risch, 12. Oktober. (W. Z. B.) Meldung der Agence Havas. Die Bulgaren haben uns auf der Front von Ruzajewac angegriffen.



Zum bulgarischen Angriff auf Serbien.

### Der bulgarische Angriff auf Serbien.

London, 13. Oktober. (L. U.) Nach Meldungen aus Risch erfolgte der bulgarische Angriff auf die Eisenbahnlinie längs des oberen Timok in den frühen Morgenstunden des gestrigen Dienstags. Serbischerseits wird die Zahl der unmittelbar am Angriff beteiligten Streikkräfte der Bulgaren auf 50-60 000 Mann geschätzt, wozu noch ungefähr 10 000 mazedonische Komitatssoldaten kommen. Der Angriff erfolgte ziemlich überraschend und gleich mit Einsetzung so starker Kräfte, daß die serbische Vorhut auf allen Punkten schleunigst weichen mußte. Die Bulgaren dehnten sich nach dem Ueber-schreiten der Grenze sächerförmig aus, so daß sie jetzt in breiter Front südlich der Abhänge des Babinnogebirges den serbischen Verteidigungsstellungen längs des Timokflusses gegenüberstehen. Nach weiteren Meldungen haben andere bulgarische Truppen die serbische Grenze am Oberlauf des Nischawassflusses überschritten und befinden sich mit den dort stehenden serbischen Grenzbedeckungs-bataillonen in heftigem Gefecht. Die Bulgaren sind mit sehr starker Artillerie ausgerüstet, von der sie ausgiebigen Gebrauch machen.

Die englische Presse hegt starke Befürchtungen für das Schicksal der Hauptstadt Serbiens Risch, weniger der strategischen Wirkung als des unseugbar großen moralischen Eindruckes halber. Die Regierung wird aufgefordert, so schnell als möglich mit der Aktion des Expeditionskorps gegen die bulgarische Südgrenze zu beginnen.

### Der serbische Kriegsbericht.

Risch, 12. Oktober. (W. Z. B.) Der amtliche Bericht über die Ereignisse am 9. und in der Nacht auf den 10. Oktober lautet: Auf der Donaufront werden an den Stellungen von Anotema, südlich von Kam, erbitterte Kämpfe geliefert. Unsere Truppen schlugen die Angriffe des Feindes zurück. In dem Abschnitt zwischen Mawa und Korawa gingen wir zur Offensive über und warfen den Feind an das Donauufer zurück. Wir erbeuteten vier Haubitzen und vier Maschinengewehre. Da wir sie nicht fortzuschaffen konnten, nahmen wir Teile davon fort. In dem Abschnitt zwischen Semendria und Godomina wurde der Feind verhindert, den Flußübergang fortzusetzen. Die feindliche Abteilung, die den Fluß bei Semendria überschritten hatte, wurde teils vernichtet, teils ertrank sie. In Belgrad versuchte der Feind nach starker Artilleriebeschichtung den großen Bratshar und Redigne zu nehmen. Er wurde mit schweren Verlusten zurückgeworfen. Auf der Savefront versuchte der Feind gleichfalls, sich der Stellungen von Jabregie und Aratinola zu bemächtigen. Es mißlang ihm. Wir warfen auch die feindlichen Angriffe in der Ruzajewa, bei Obrenowatsch und in Wajta zurück. An der Drinafront überschritten mehrere feindliche Abteilungen den Fluß im Abschnitt Zarno-Bozra-Bozovitschi und versuchten vorzurücken, aber es mißlang ihnen. Wir behaupteten alle unsere Stellungen. An der übrigen Front nichts Wichtiges.

### Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 13. Oktober 1915. (W. Z. B.)

#### Westlicher Kriegsschauplatz.

Englische Vorposten nordöstlich von Vermelles wurden leicht abgewiesen. Westlich von Souchez verloren die Franzosen wieder einige Grabenstücke, in denen sie sich am 11. Oktober noch halten konnten.

In der Champagne scheiterte gestern abend ein französischer Angriff südlich von Tahure. Ein an derselben Stelle heute früh wiederholter, in mehreren Wellen geführter Angriff brach gänzlich zusammen.

In den Vogesen blühten die Franzosen am Westhang des Schraymännle einen Teil ihrer Stellung ein.

#### Ostlicher Kriegsschauplatz.

##### Heeresgruppe des Generalleutnants v. Hindenburg.

Westlich Dünaburg brach ein russischer Angriff in unserem Artilleriefeuer zusammen.

Bersuche des Gegners, sich der von uns besetzten Inseln des Riadziol-Sees zu bemächtigen, scheiterten.

Ein russischer Angriff nordöstlich Smorgon, der bis an unsere Hindernisse gelangte, wurde abgewiesen.

Eine unserer Luftschiffe belegte in vergangener Nacht die befestigte und mit Truppen angefüllte Stadt Dünaburg ausgiebig mit Bomben.

##### Heeresgruppe des Generalleutnants Prinz Leopold von Bayern.

Nichts Neues.

##### Heeresgruppe des Generals v. Linlingen.

Der Feind wurde aus seinen Stellungen bei Rudza Wielko Wolstaja vertrieben sowie über die Linie R. S. Aleksandrija-Höhen nördlich davon zurückgeworfen.

#### Balkankriegsschauplatz.

Der Widerstand der Serben konnte unsere Vorwärtsbewegung nur wenig aufhalten.

Südlich von Belgrad wurden Dorf Beleznil und Höhen östlich beiderseits der Topideroka gestürmt. Der Angriff auf Pozarevac ist im günstigen Fortschreiten. Die Straße Pozarevac-Gradiste ist in südlicher Richtung überschritten.

#### Oberste Heeresleitung.

### Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 13. Oktober. (W. Z. B.) Amtlich wird veröffentlicht: Wien, 13. Oktober 1915.

#### Russischer Kriegsschauplatz.

Bei Burlanow an der Strypa wurde auch der vierte der gestern mitgeteilten russischen Angriffe durch österreichisch-ungarische und deutsche Bataillone abgeschlagen; sonst im Nordosten keine besonderen Ereignisse.

#### Italienischer Kriegsschauplatz.

Gestern nachmittags begannen die Italiener ein lebhaftes Geschützfeuer aus schweren und mittleren Kalibern gegen die Hochfläche von Lafran. Auch gegen einzelne Abschnitte der südtaländischen Front entfaltete die feindliche Artillerie eine erhöhte Tätigkeit. Annäherungsversuche italienischer Infanterieabteilungen gegen Brice und den Tolmeiner Brückentopf wurden abgewiesen. Am Nordwestteil der Hochfläche von Daberdo zwang ein Feuerüberfall den Feind zum hastartigen Verlassen seiner vordersten Deckungen.

#### Südsüdlicher Kriegsschauplatz.

Unsere Angriffe schritten trotz heftigster Gegenwehr des Feindes überall vorwärts. An der unteren Drina warfen unsere Truppen die Serben aus mehreren Gräben. Südlich von Belgrad wurden dem Gegner einige zahlreich verteidigte Stützpunkte entziffen. Serbische Gegenstöße scheiterten stets unter großen Verlusten für den Feind.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs: von Hofer, Feldmarschalleutnant.

### Rücktritt Delcassés.

Paris, 13. Oktober. (W. Z. B.) Meldung der Agence Havas. In heutiger Ministerrate teilte der Ministerpräsident Viviani mit, daß Delcassé ihm sein Rücktrittsgesuch als Minister des Auswärtigen überreicht habe. Das Rücktrittsgesuch wurde angenommen. Viviani übernahm das Ministerium des Auswärtigen zusammen mit dem Vorsitz im Kabinett.

### Arbeitsgemeinschaft der Klassen?

Von Rudolf Hilferding.

III.

Wie steht es aber nun in diesem Buche mit der Vertretung der sozialdemokratischen Weltanschauung, für die ja zehn Mitarbeiter berufen waren? Dabon zu sprechen ist Verlegenheit. Zehn Sozialisten und kein Wort von Sozialismus, zehn Demokraten und kein Wort von Demokratie! Oder nein, das Wort ist wohl manchmal gefallen, aber vom Geiste fehlt die Spur. Nicht daß etwa unsere Wortführer etwas gegen unser Programm oder unsere Parteianschauungen sagten. Die Forderungen, die wir an die staatliche Sozialpolitik oder an die Gemeinden zu stellen haben, werden ausführlich und mit gewohnter Sachkenntnis erörtert, die politische Gleichberechtigung in Reich und Staat als Erfüllung einer Selbstverständlichkeit behandelt. Darüber hinaus wird die Leistung, die die Sozialdemokratie für die Kriegführung vollbracht hat, ausführlich und mit Genugtuung geschildert. So schreibt Genosse Moskale:

„Die deutsche Sozialdemokratie fügte sich nicht nur dem harten Ruß. Total falsch ist die einmal aufgestellte Behauptung, sie habe, um die politischen Vereine, die Millionenwerte darstellten und Tausende von Angestellten beschäftigten, zu retten und um die gewerkschaftlichen Organisationen vor Raubzügen zu bewahren, mit innerem Widerstreben gute Miene zum bösen Spiel gemacht, als sie den Kriegsausgaben zustimmte. Es wurde vielmehr aus ehrlichster Ueberzeugung jede Beeinträchtigung deutscher Interessen vermieden und mit reiflicher Hingabe von Kraft, Gut und Blut versucht, nach Möglichkeit Boll und Vaterland vor Schaden zu bewahren.“

Und weiter:

„Aus jeter Ueberzeugung hat der größte Teil der sozialdemokratischen Zeitungen sich entschieden die Betonung der Gerechtigkeit des von Deutschland geführten Kampfes, als unserer Pflicht dargestellt und Tausende von Angestellten beschäftigten, zu retten und um die gewerkschaftlichen Organisationen vor Raubzügen zu bewahren, mit innerem Widerstreben gute Miene zum bösen Spiel gemacht, als sie den Kriegsausgaben zustimmte. Es wurde vielmehr aus ehrlichster Ueberzeugung jede Beeinträchtigung deutscher Interessen vermieden und mit reiflicher Hingabe von Kraft, Gut und Blut versucht, nach Möglichkeit Boll und Vaterland vor Schaden zu bewahren.“

Und über die Haltung der Gewerkschaften schreibt Moskale:

„Ein ganz besonderes Maß von Hingabe an das Vaterland sowie verständnisvolles Verhalten gegenüber der bedrängten Lage des gesamten Volkes durch Zurückstellung von Wünschen und Forderungen ihrer Mitglieder haben die deutschen Gewerkschaften befunden. Als wirtschaftliche Kampforganisationen sind sie nach Ueberwindung tiefster Hindernisse, die Unternehmer, Regierungen und Behörden ihnen entgegenbrachten, groß und stark geworden. Die beste Kampfregel war noch immer, jede sich darbietende günstige Gelegenheit zur Erringung eines Vorteils auszunutzen. Aber unter wechselnden Verhältnissen während des Krieges haben auch die Gewerkschaften aufs strengste den Burgfrieden gewahrt. Die organisierten Arbeiter leisten angefüllt der Kollage des Vaterlandes Verzicht darauf, aus ihrer Unentbehrlichkeit Vorteile zu erlangen, wozu sie sehr wohl in der Lage gewesen wären. Die Organisationsleiter haben für das Vaterland erheblich mehr. Ihre großen Mittel verwendeten sie darauf, gärender Unzufriedenheit entgegenzuwirken, indem sie weit über die durch ihre Satzungen festgelegten Grenzen hinaus den brotlos gewordenen Mitgliedern durch Unterstützung über die schwere Zeit der Arbeitslosigkeit hinweghalfen. Daß eine andere Haltung möglich gewesen wäre, lehnen die zahlreichen Lohnbewegungen während des Krieges in England.“

Ähnliche Ausführungen finden sich auch in den meisten anderen sozialdemokratischen Beiträgen.

Am weitesten im Sinne der Arbeitsgemeinschaft der Klassen sind wohl die Ausführungen Winnigs gehalten, wenn er schreibt:

„Die Klasse des Volkes weiß und fühlt, daß das Schicksal der Nation und ihres organisatorischen Ausdrucks, des Staates auch ihr Schicksal ist. Sie bestraft den Staat nicht mehr als eine über den Bürgern schwebende Ulgewalt, sondern sie erkennt die Abhängigkeit seines Bestehens von den frei wirkenden Kräften des Volksganges und strebt, ihm mehr und mehr ihr eigenes Wesen einzubringen. Sie fühlt sich wirtschaftlich, politisch und kulturell an dieser durch den Staat ausgeübten Gemeinschaft beteiligt und an sie gebunden. Ihr wirtschaftliches Wohlergehen hängt ab vom Stande der nationalen Volkswirtschaft, die der Bewegungsfreiheit bedarf, um sich entwickeln zu können. Ihre gewerkschaftlichen Organisationen können nur dann Lohn und Arbeit günstig beeinflussen, wenn Handel und Wandel blühen. So ist die Klasse der Arbeiterklasse an dem Schicksal der nationalen Volkswirtschaft und dadurch an der politischen Gestaltung der Staatsgemeinschaft interessiert, und so fühlt sie sich bei der Abwehr der Gefahren, die dieser von außen drohen, mit der Gesamtheit des Volkes solidarisch verbunden.“

Sie werden der Lehre von der Harmonie der Klassen, die die Haltung des alten englischen Tradeunionismus bestimmte, schon recht bedenklliche Konzessionen gemacht, und es entspricht nur solchen Auffassungen, wenn die Internationale von Winnig nicht als die notwendige Voraussetzung und Ermöglichung proletarischer Klassenpolitik in jedem einzelnen Lande betrachtet wird, sondern als eine zweckmäßige Veranstaltung zur besseren Vertretung einzelner Forderungen, namentlich sozialpolitischer, deren internationale Durchführung geringeren Widerstand begegnet als die einzelstaatliche. Solche internationale Beziehungen sind dann freilich prinzipiell nicht mehr verschieden von den internationalen Veranstellungen der Agrarier oder Vmetallisten, und der Nachweis, daß die internationale Gefinnung des Proletariats und die nationale des Bürgertums keine Gegensätze sind, läßt sich dann leicht erbringen.

Aber das alles, wenn es sich auch von unserer eigenen Anschauung weit entfernt, ist für uns hier nicht das Entscheidende. Uns handelt es sich um etwas anderes. Wir haben gesehen, wie im Grunde die Arbeiten der Professoren alle mit einem enthusiastischen Bekenntnis zu den Grundlagen der herrschenden Machtpolitik enden. Und demgegenüber wäre wohl die Erwartung nicht unberechtigt gewesen, von den Vertretern unserer Weltanschauung ein gleich offenes Bekenntnis zum Sozialismus und zur Demokratie zu hören. Davon ist leider keine Rede. Von der großen Neugestaltung der Welt, zu der wir die Arbeiterklasse berufen glauben, die der Weltkrieg als unmittelbare Aufgabe ihrer Politik gestellt hat, wird nichts gesagt. Von den dem Sozialismus eigentümlichen Grundsätzen über die Beziehungen der Völker erfährt man eigentlich nur aus der Polemik, die Professor Meinecke in seiner Vertretung der Machtpolitik gegen unsere „positivistischen“ Grundforderungen führt. Man sage nicht, daß solche Ausführungen unseren Genossen im Sinne des Burgfriedens unmöglich gewesen wären. Das gilt vielleicht für uns an dieser Stelle. Aber wenn in einer solchen Kundgebung unsere Vertreter nicht hätten reden können, so hätten sie ganz Schweigen müssen. Daß sie aber hätten reden können, zeigen die Ausführungen der bürgerlichen Gelehrten, die gerade an die Grundprobleme ohne Scheu herantreten. In Wahrheit wäre freilich solches Reden mit dem Zweck des Buches schwer vereinbar gewesen. Will man Arbeitgemeinschaft, dann freilich heißt es auf das grundsätzliche Scheidende verzichten. Und das Grundsätzliche, das wirklich die Klassen trennende, das ist heute nicht Sozialreform, und nicht die Bestätigung von Schöffsen und Stadtverordneten, ja nicht einmal die preussische Wahlreform, sondern die Stellung zur Staatsmacht, die Frage: Machtpolitik und Imperialismus oder Demokratie und Sozialismus. Indem unsere Parteigenossen diese Frage beiseite gelassen haben, haben sie kampflös den bürgerlichen Professoren das politische Feld überlassen, und es ist ihre Schuld, wenn am Schlusse des Buches — der Bürgerliche behält das letzte Wort! — Herr Thimme für die Zukunft die positive politische Haltung der Sozialdemokratie zum Staate verkünden kann.

Das dort Versäumte hier nachzuholen, zu zeigen, welche Konsequenzen der Sozialismus aus der großen Katastrophe zu ziehen habe, welche gewaltigen, weltumfassenden Aufgaben der Demokratie gestellt sein werden, will sie nicht auf lange Zeit hinaus auf jede Wirksamkeit verzichten, das ist uns leider hier verlag. Wir müssen uns begnügen, vor den Gefahren zu warnen, die der Partei und ihrem Wesen, wie wir es bisher kannten und liebten, erwachsen aus der politischen Wehrlosigkeit, aus der Resignation und dem Verzweifeln an unserer eigentlichen Aufgabe, die aus den Ausführungen der Sozialdemokraten zu uns sprechen. Und damit erschöpft sich auch für uns die Bedeutung des Buches. Diese geistige Arbeitgemeinschaft wurde nur möglich, weil auf dem Gebiete, wo die Professoren tatsächlich den Standpunkt der bürgerlichen Welt einnehmen, auf dem Gebiete der Machtpolitik, sich die Sozialdemokraten ihnen überhaupt nicht stellen; auf anderen Gebieten, wie dem der Sozialpolitik, begegnen sich zwar Sozialdemokraten und Professoren in manchem der Ziele (wenn auch nicht der Motive), aber da vertreten die Professoren leider nicht die maßgebenden bürgerlichen Schichten. Und so wird die Arbeitgemeinschaft wohl „geistig“ bleiben müssen, weil sie nicht real werden wird. Denn die Realität nach dem Kriege wird mit der des Krieges weniger Ähnlichkeit haben, als die „Realpolitiker“ heute noch glauben mögen.

## Russische Denkschrift über die Balkanlage.

Petersburg, 12. Oktober. (B. L. W.) „Njeisch“ meldet: Eine amtliche Denkschrift über die Lage am Balkan führt aus: Unsere Balkanpolitik war in erster Linie darauf gerichtet, einen Block gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu schaffen. Dies war nur möglich durch die Versöhnung Bulgariens und Serbiens und die Erfüllung nationaler Forderungen. Im Juli 1914 teilte die russische Regierung Bulgarien mit, daß der Anschluß an Rußland für Bulgarien vorteilhaft wäre. Einen Aufruhr in Mazedonien und die Begünstigung des Vandalenkrieges durch Bulgarien würde Rußland als einen feindlichen Schritt ansehen. Serbien wurde zu gewissen Opfern veranlaßt. Am 29. August 1914 richtete Rußland bereits eine Note an Serbien, in welcher es erklärte, daß es Bulgarien für einen Angriff auf die Türkei serbische Gebietsstücke in Aussicht gestellt habe. Am 1. September traf eine zustimmende Note Serbiens ein, in der Entschädigungen aus österreichisch-ungarischen Gebieten verlangt wurden. Ende Oktober, nach Beginn des Krieges mit der Türkei, wurden Bulgarien greifbare Vorschläge gemacht. Bulgarien versprach nur die Einhaltung strenger Neutralität. Durch ihren Sieg über die Oesterreicher wurden die Serben dann widerspenstig. Im Januar 1915 machten die Alliierten neue Vorschläge, welche jedoch infolge der Hartnäckigkeit der Serben keinen Erfolg hatten. Am 29. Mai wurden Bulgarien folgende bestimmte Vorschläge gemacht, falls es die Türkei besiegeln wolle: Erwerbung Thrakiens bis an die Linie Enos-Midia, die Erwerbung eines Teils von Mazedonien mit Egri Palanka, Sappot, der Odrinalinie und Monastir nach Abschluß des Krieges, durch die Verbändemächte garantiert und unter der Bedingung, daß es diese Gebiete nicht vor dem Friedensschluß besetze, dafür aber finanzielle Hilfe erhalte. Am 15. Juni verlangte Bulgarien nähere Auskünfte über einzelne Punkte und erhielt am 4. August die gewünschte Antwort mit der Erklärung, daß Serbien keinen Gebietsgewinn erhalten werde, solange Bulgarien die ihm zugehörigen Gebiete nicht erhalten hätte. Rußland verlangte dabei eine genaue Angabe, wann Bulgarien gegen die Türkei vorgehen werde. Serbien gab die gewünschte Zusage am 1. September. Die Alliierten wiederholten infolge der Verzögerung der bulgarischen Antwort ihre Angebote am 14. September mit dem ganz bestimmten Verlangen, daß Bulgarien sofort eine gegen die

Türkei gerichtete Militärkonvention abschließen solle, anderenfalls würden die ihm gemachten Angebote hinfällig werden; Bulgarien aber antwortete nicht, sondern machte am 28. September mobil, und deutsche Offiziere traten in seine Armee ein. Diese Herausforderung konnte nicht unbeantwortet bleiben, deshalb wurde in einer Note die Demobilisierung gefordert. Da Bulgariens Antwort hierauf unbefriedigend ausfiel, wurden die diplomatischen Beziehungen abgebrochen.

## Der französische Tagesbericht.

Paris, 13. Oktober. (B. L. W.) Amtlicher Heeresbericht von gestern nachmittag. Bei den von uns nordöstlich von Souchez auf den Höhen von La Folie gestern genommenen Schützengräben dauerten die Kämpfe in der Nacht fort; die Zahl der in unseren Händen gebliebenen Gefangenen beträgt 150. Von der übrigen Front wird nur heftiges Geschützfeuer von beiden Seiten aus Lothringen, und zwar aus der Gegend von Reillon und Amberwiller, gemeldet.

Paris, 13. Oktober. (B. L. W.) Amtlicher Bericht von gestern abend: Der Feind beschloß sehr heftig im Laufe des Nachmittags die Schützengräben, die wir ihm durch unsere gestrige Tätigkeit nordöstlich Souchez abgenommen hatten. Die Zahl der Gefangenen, die wir im Laufe dieser Tätigkeit machten, beträgt genau 164, darunter 8 Offiziere. Die Deutschen erlitten hohe Verluste. Eine starke gegenseitige Kanonade südlich der Somme, im Gebiete von Fillyouy, Fienens und an der Aisnefront am Plateau von Noubron. Da der Feind noch eine gewisse Anzahl Granaten auf Soissons warf, führten wir ein wirksames Vergeltungsfeuer gegen seine Schützengräben und Batterien aus. In der Champagne dauert unser Vorrücken gegen die Schlucht von La Goutte an, die wir im Westen auf einer ziemlich breiten Front beherrschen. Der Feind erwiderte, indem er unsere Stellungen bei Maissions de Champagne nördlich Rastiges beschloß. Ein verlustreicher Angriff in Lothringen gegen einen unserer vorgeschobenen Posten bei der Brücke von Rankoué brach völlig vor unserer Feuer und dem Sperrefeuer zusammen. In den Vogesen gelangte ein heftiger Infanterieangriff nach starkem Bombardement mit Granaten aller Kaliber bis an unsere Stellungen am Linge und am Schragmännle. Er wurde völlig zurückgeschlagen. Einige Elemente, die in einem unserer Schützengräben Fuß gefaßt hatten, wurden durch sofortigen Gegenangriff zurückgeworfen.

## Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 13. Oktober. (B. L. W.) Amtlicher Bericht vom 12. Oktober.

Deutsche Wasserflugzeuge, welche den Golf von Riga überflogen, wurden durch unsere Torpedoboote verjagt. In der Gegend von Lulkum warf eines unserer Flugzeuge vom Typ Ilya Muramjeh einige Dutzend Bomben auf einen feindlichen Wagenzug und bespannte Artillerie. In der Gegend von Dänaburg dauern die heftigen Kämpfe an. Bei dem Dorfe Dubelski nordwestlich Illuzt (4 Kilometer) gelang es den Deutschen, einen Teil unserer Schützengräben zu besetzen. Der Kampf dauert an. Auch in der Gegend von Lawleski nordöstlich von Nowo-Alexandrowski geripengte unsere Artillerie die deutschen Truppen. Unser Artilleriefeuer zwang die Deutschen ebenfalls das Dorf Torskol südlich des Demmensées (15 Kilometer südlich Dünaburg) und ihre Gräben zu verlassen. Unter dem Schutze des Nebels griffen unsere Truppen gestern bei Morgengrauen plötzlich ohne zu scheuen den Feind am Südzügel des Demmensées an, bemächtigten sich dreier feindlicher Schützengräben, machten Gefangene und erbeuteten Maschinengewehre. Unsere Flieger unterstützten die Feldtruppen und warfen etwa fünfzig Bomben in die feindlichen Linien zwischen Reddum und Dschysjaty-See. Südlich des Dhole-See über schritten unsere Truppen den Prorwa-Fluß und besetzten die Enge nördlich des Dginski-Kanals verfuhr der Feind an einigen Punkten vorzudringen, wurde aber schnell zurückgeschlagen. Südwestlich von Winst (24 Kilometer) griffen wir die Deutschen bei Komora an und warfen sie mit dem Bajonett aus dem Dorf. Sie flohen in Unordnung und erlitten durch unser Maschinengewehrfeuer große Verluste. Südlich des Prjpet führte unsere Kavallerie auf dem linken Ufer mehrere Streifzüge aus und hatte eine Reihe von Erfolgen zu verzeichnen. Die Angriffe des Feindes in der Gegend der Dörfer Rosalowa und Saladzjn, strabwärts von Chartoryst (17 Kilometer und 28 Kilometer), und seine Versuche, den Fluß zu überschreiten, waren ohne jeden Erfolg.

In Galizien, in der Gegend des Dorfes Hajworanla westlich Krembowia (23 Kilometer an der Strypa) erzwangen unsere Truppen nach dem am gestrigen Tage erzwungenen Erfolge die letzte Verteidigungslinie; sie besetzten zwei Reihen Schützengräben und nahmen im Sturm die zum Werk ausgebaute Höhe östlich Hajworanla. Die Befestigung dieser Höhe bestand in einer Anlage von eingedeckten Schützengräben jeder Art, verbunden durch Gänge mit Schießscharten und verstärkt durch Stahlhuthühilde. Um das Werk herum waren Reihen von Drahtbindernisen angelegt. In der Schanze ergaben sich 252 Mann, wir erbeuteten eine Kanone und 3 Maschinengewehre.

Der Feind versuchte das verlorene Werk wieder zu erobern und machte mit starken Kräften einen Gegenangriff, er wurde jedoch zurückgeschlagen. Durch einen erneuten Vorstoß in der Gegend von Hajworanla erzwangen wir eine feindliche Linie auf dem Malowa-Berge und nahmen dort ein ganzes österreichisches Bataillon gefangen. Das Ergebnis ist, daß der auf dem ganzen Abschnitt geworfene Feind beginnt, sich in Unordnung auf das andere Ufer der Strypa zurückzuziehen. Unsere Truppen verfolgten den an der Brücke vor dem Dorf Hajworanla sich dicht zusammenbrängenden Feind mit Feuer. Gegen Abend überschritten wir die Strypa. Unsere Kavallerie warf sich auf den Feind, fällte viele nieder und nahm einen Wagenzug. Der Tag brachte 60 Offiziere, mehr als 2000 Soldaten, 4 Kanonen und 10 Maschinengewehre ein.

## Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 12. Oktober. (B. L. W.) Amtlicher Heeresbericht. Angriffe und Gegenangriffe folgen einander häufig in der Gegend der Hochfläche im obersten Teil des Asticotales und seiner Seitentäler. Ein Vorstoß des Feindes in der Richtung des zweiten Postens von Malga nördlich vom Costonberge wurde am Morgen des 11. Oktober zurückgeschlagen. Im Hochtale des Alfa erzielten unsere Truppen noch einige Fortschritte. An der übrigen Front, besonders in den Karnischen Alpen, wenig wirksames Feuer der feindlichen Artillerie. Auf dem Karst richtete der Feind am Abend des 11. Oktober nach einer kräftigen Vorbereitung durch Artillerie- und Infanteriefeuer einen Angriff auf breiter Front gegen unsere Stellungen östlich von Vermigliano und auf dem Berge Sei Bussi. Der Angriff wurde rasch angehalten und mit großen Verlusten für den Feind zurückgeschlagen. Cadorna.

## Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 13. Oktober. (B. L. W.) Das Hauptquartier teilt mit: An der Dardanellenfront beschloß unsere Artillerie ein feindliches Lager in der Gegend von Duzul Kemikli und verursachte schwere Verluste. Bei Ari Burnu und Sedd ul Bahr gegenseitig schwaches Infanterie-, Artillerie- und Bombenfeuer. Am 10. Oktober wurde ein feindlicher Flieger, der in der Gegend östlich von Clarich einen Erkundungsflug unternahm, von uns herabgeschossen. Das Flugzeug wurde erbeutet, die Insassen wurden gefangen genommen. Sonst ist nichts zu melden.

Konstantinopel, 12. Oktober. (B. L. W.) Das Hauptquartier teilt mit:

An der Dardanellenfront bei Anafarta traf am 10. Oktober unsere Artillerie ein feindliches Torpedoboot, das nördlich von Kiretschiepe bemerkt worden war. Daraufhin beschossen ein feindlicher Kreuzer und ein anderes Torpedoboot des Feindes zehn Minuten lang wirkungslos unsere Batterien. Eine Mine, die wir unter einem feindlichen Schützengraben zur Explosion brachten, tötete den größten Teil der Soldaten, die sich darin befanden, die übrigen flüchteten aus dem Schützengraben. Bei Ari Burnu beschloß ein feindliches Torpedoboot einige Zeit lang wirkungslos unseren rechten Flügel, ein Kreuzer und ein Monitor feuerten ebenso wirkungslos in der Richtung auf Raibos. Die Schiffe zogen sich hierauf zurück. Bei Sedd ul Bahr schoß der Feind wie gewöhnlich mehr als tausend Granaten wirkungslos gegen unsere Stellungen ab. Unsere Artillerie erwiderte, nahm die feindlichen Batterien und die Aufstellungen für Minenwerfer unter Feuer und brachte sie zum Schweigen.

Sonst nichts Wichtiges.

## Ein Stettiner Dampfer versenkt.

Karlshrona, 12. Oktober. (B. L. W.) Der Dampfer, dessen Torpedierung gestern vom Dampfer „Germania“ beobachtet worden ist, war der Dampfer „Direktor Kopenhagen“ aus Stettin.

## Schwedischer Protest gegen das Vorgehen eines englischen U-Bootes.

Stockholm, 13. Oktober. (B. L. W.) Meldung des Svenska Telegraphenbyran. Die schwedische Regierung beauftragte ihren Gesandten in London, gegen die Verletzung der Neutralität Schwedens durch ein englisches U-Boot in der Ditsce Einspruch zu erheben.

## Kämpfe in Ostafrika.

London, 13. Oktober. (B. L. W.) Das Gouvernement von Britisch-Ostafrika hat einen amtlichen Bericht veröffentlicht, wonach am 5. September auf der Ugandabahn am Weilenstein 237 und am 9. September am Weilenstein 161 eine Mine explodierte; in beiden Fällen wurde der Zug zur Entgleisung gebracht, aber kein Menschenleben verloren. Die britische berittene Infanterie habe am 8. September den Feind 10 Meilen südlich von Wakau angegriffen, der schwere Verluste erlitten habe. Der Feind scheine die Neubewaffnung der schwarzen Truppen mit modernen rauchlosen Gewehren vollendet zu haben.

## Indische Grenzgefechte.

London, 13. Oktober. (B. L. W.) „Daily Telegraph“ meldet aus Kalkutta vom 11. Oktober: Ein abermaliges Grenzgefecht hat mit 9000 Mohmands stattgefunden. Die Kampffront erstreckte sich auf acht englische Meilen. Die Artillerie eröffnete den Kampf. Darauf rückte Infanterie und Kavallerie vor. Ein verzweifelter Kampf folgte. Der Feind verfuhr, unsere beiden Flanken aufzurollen, was durch die Kavallerie des rechten und die Infanterie des linken Flügels vereitelt wurde. Panzerautomobile deckten den Rückzug unserer Kavallerie. Der Feind verfuhr nicht, die Verfolgung aufzunehmen.

## Divianis Erklärung.

Paris, 12. Oktober. (B. L. W.) Meldung der Agence Havas. Ministerpräsident Diviani hat heute im Namen der Regierung in der Kammer eine Erklärung über die diplomatische Lage abgegeben. In dieser erinnerte er daran, daß seit Ausbruch des Krieges die Balkanfrage sich der Aufmerksamkeit der Welt aufgedrängt habe. Der Bukarester Vertrag habe bei dem bulgarischen Jaren und dem bulgarischen Volk tiefen Groll zurückgelassen. Die alliierten Regierungen hätten versucht, diese Lage in gerechtem, weitberzigem Geiste wieder gut zu machen, indem sie sich bemühten, die Einigkeit auf dem Balkan neu zu schaffen. Diviani fuhr fort: Aber trotz der beharrlichen Bemühungen der Alliierten, welchen Rumänien, Griechenland und Serbien ihre Unterstützung gewährten, war es nicht möglich, eine ausreichende Mitarbeit der bulgarischen Regierung zu erlangen, welche Forderungen auf Kosten der vier benachbarten Staaten geltend machte. Wir konnten aber hoffen, daß Rumänien, Griechenland und Serbien in die Opfer weitgehender Kompensationen einwilligen würden. Gegenüber der Türkei, welche sich Deutschland zur Seite gestellt hatte, hatten wir keine Rücksicht mehr zu nehmen. Auf rumänischer Seite blieben unsere Bemühungen nicht ohne Erfolg, da Rumänien einer Balkanentente günstig war. Die Halbmobilisierung seiner Truppen gestattet ihm, etwaige Angriffe zurückzuweisen, sich gegen den deutschen Druck zu verteidigen und die österreichischen und bulgarischen Grenzen zu beobachten. Rumänien wies, daß nur der Sieg des Vierverbundes seine nationalen Wünsche befriedigen kann. Um das bulgarische Volk zu befriedigen, zögerte der Vierverband nicht, von dem tapferen Serbien schwere Konzessionen zu verlangen. Trotz der Bitterkeit dieser Opfer übte das serbische Volk Resignation, indem es an die Kompensationen dachte, welche der Sieg der Entente ihm verschaffen würde. Die zweideutige Haltung der bulgarischen Regierung brachte die griechische Regierung dazu, ihre abwartende Politik beizubehalten. Die bulgarische Regierung antwortete spät und in dilatorischer Form auf unsere Vorschläge; gleichzeitig unterhandelte sie mit unseren Feinden. Bulgarien unterzeichnete das Abkommen mit der Türkei und verpflichtete sich Deutschland gegenüber. Die

## Bulgarische Mobilisierung

war die Antwort auf unsere freundschaftliche Frage über die Absichten der bulgarischen Regierung. Während dessen sammelten Deutschland und Oesterreich-Ungarn Truppen an der serbischen Grenze. Angesichts dieser Haltung zogen wir unsere Vorschläge zurück und gewannen mit den anderen Balkanstaaten unsere Handelsfreiheit wieder. Serbien seinerseits, dessen Rat drei ruhmreiche aufeinanderfolgende Kriege nicht verminderten, bereitete sich heldenmütig vor, auf zwei Fronten

den zwischen Berlin, Wien und Sofia verabredeten Angriffen zu begegnen. Vom Gesichtspunkte der Moral und der militärischen Folgen aus konnten wir weder eine Isolierung Serbiens, noch eine Unterbrechung der Verbindung mit unseren Verbündeten zulassen. Um Serbien zu unterstützen, müssen wir durch Saloniki.

Vom Augenblick der bulgarischen Mobilmachung an leiteten wir Unterhandlungen mit dem griechischen Ministerpräsidenten ein. Dies ist um so natürlicher, als der Vertrag zwischen Serbien und Griechenland einen Angriff Bulgariens in Erwägung zieht. Man hat es gewagt, unser Vorgehen mit demjenigen Deutschlands zu vergleichen, als es die Neutralität Belgiens verletzte. Die Bedingungen, unter denen wir in Saloniki landeten, der Empfang, welcher uns bereitet wurde, genügen, um die Unsinntigkeit dieser Anschuldigungen zu beweisen. Im Einvernehmen mit den Alliierten wurde von Frankreich eine energische Aktion unternommen. Unsere hauptsächlichste Sorge ist die Verteidigung unserer Front und die Befreiung der besetzten Gebiete durch energische Bemühungen, welchen wir zusammen mit der wertvollen Unterstützung unserer heldenmütigen Bundesgenossen den Sieg verdanken werden. Keine Regierung hätte ihre tragische, aber einfache Pflicht anders auffassen können; aber ohne unsere Front zu schwächen, hatten wir die Pflicht, eine Mission zu erfüllen, welche unser Interesse und unsere Ehre uns auferlegte. Wir sind in vollkommener Übereinstimmung mit dem Generalissimus unserer Armeen in Frankreich. Die Übereinstimmung zwischen der englischen und der französischen Regierung ist eine vollkommene. Ich kann sie nicht besser als in folgender Form zum Ausdruck bringen: Bereits jetzt haben sich Frankreich und England in Übereinstimmung mit ihren Verbündeten völlig verständigt, um Serbien, das uns um unsere Unterstützung bat, Hilfe zu bringen und um zugunsten Serbiens, Griechenlands und Rumäniens

die Wahrung des Bukarester Vertrages zu sichern, dessen Würgen wir sind. Die englische und französische Regierung sind sich einig über die Höhe der Truppenbestände, und zwar gemäß der Ansicht ihrer Militärbehörden. Rußland schließt sich seinen Bundesgenossen an, um Serbien zu unterstützen. Morgen werden seine Truppen an unserer Seite kämpfen. Wir haben mit unseren Verbündeten unsere Pflicht getan, niemals war die Übereinstimmung zwischen den Alliierten größer und enger. Niemals hatten wir ein größeres Vertrauen in den gemeinsamen Sieg. — Die Erklärung Vivianis wurde an mehreren Stellen mit Weisheit aufgenommen. Kamens einer Anzahl seiner Freunde beantragte darauf der Deputierte Kloy, die Sitzung auf morgen, Mittwoch, zu verlagern. Der Antrag wurde angenommen und die Sitzung geschlossen.

## Die Beschränkung des Unternehmergewinnns in England.

In dem vom Staate kontrollierten englischen Munitionsfabriken, deren Zahl jetzt auf fast tausend gestiegen ist, soll es beinahe keinen Unternehmergeinn mehr geben. Die Arbeiterpartei hat von Anfang an darauf hingewiesen, daß diese offizielle Verkündung Lloyd Georges nur ein Scheinzeugnis an die Wünsche der Arbeiter ist, und daß tatsächlich den Unternehmern ein sehr reichlicher Gewinn zufließt.

Die neuen „provisorischen Regeln“, die das Munitionsministerium veröffentlicht hat, zeigen nach „New Statesman“ vom 2. Oktober, wie gerechtfertigt die Anschauung der Arbeiter ist. Der Eigentümer einer staatlich beaufsichtigten Munitionsfabrik kann für sich beanspruchen:

1. den durchschnittlichen Gewinn der beiden Jahre vor dem Kriege, die außerordentlich günstige Jahre waren;
2. einen Aufschlag von 20 Proz.;
3. eine unbestimmte Summe für besondere Abnutzung seines Materials;
4. einen Zuschlag aus Anlaß der Reuanlage von Kapital zur Munitionsherstellung;
5. eine besondere Entschädigung für den Unterschied zwischen dem neuangelegten Kapital und dem schließlichen Wert der Reuanlagen für den Unternehmer;
6. einen unbegrenzten Betrag für besondere Dienste, die er in Sachen der Munitionsherstellung geleistet hat;
7. 8 Proz. Zinsen von allem neu angelegten Kapital (das die Regierung übrigens zu 4 1/2 Proz. hätte haben können! — „New Statesman“); oder statt dessen
8. falls es sich dabei um eine größere neu angelegte Summe handelt, einen Gewinnzuschlag, dessen Höhe sich nach der dadurch erzielten Mehrleistung richtet.

Hierzu kommt noch, daß der staatlich beaufsichtigte Unternehmer — da ja angeblich der Profit in die Staatskasse geht — von der Steuer von 50 Proz. auf Kriegsgewinn befreit bleibt.

Aus diesen offiziellen Mitteilungen geht hervor, daß die Gewerkschaften recht haben, wenn sie dies System für einen an den Arbeitern verübten Betrug erklären.

## Arbeiterkundgebungen zum Dienstzwang in England.

Aus Amsterdam wird uns geschrieben:

Am Dienstag hat die Jahreskonferenz des britischen Bergarbeiterverbandes in Nottingham begonnen. Der Vorsitzende Genosse Smillie sprach nach einer Würdigung Keir Gardies über die Stellung der britischen Arbeiterklasse zum Krieg. Es sei schwer, in dieser Zeit, wo die Gedanken unruhig bei den im Felde stehenden Angehörigen weilen, sein Denken auf die Arbeiterbewegung zu konzentrieren. Ueberall sei der Ruf an die Söhne Englands ergangen, für die Ehre des Reichs zu kämpfen und habe ein begeistertes Echo gefunden. Aber die Arbeiterklasse müsse sich trotz der von vielen nicht erwarteten Ereignisse dennoch national und international verbinden, um in Zukunft Kriege verhindern zu können. Die jetzige Agitation für den Dienstzwang sei nichts Neues, aber sie sei mit verzehnfachter Kraft in einem Augenblick wieder aufgenommen worden, wo das Freiwilligen-System eine Armee zusammengebracht habe, wie sie vor einigen Jahren kein Anhänger der Dienstpflicht erträumt hätte. Darum sei diese Agitation nicht am Platz, besonders da man keine maßgebenden Angaben über den Gegenstand bekommen habe. Wer könne glauben, daß das Geld, das hinter dieser Bewegung stehe, nur aufgewandt werde, um der Armee Soldaten zuzuführen? Hinter dem Dienstzwangs-Feldzuge lauert der Arbeitszwang in Werksstätten, Fabriken, Eisenbahnen und Bergwerken und die Einpflanzung des deutschen Militarismus, gegen den die Jungen jetzt in Frankreich und Flandern zu kämpfen glauben. Schon jetzt sehe man auf Grund des Munitionsgesetzes Arbeiter wegen der kleinlichsten Verfehlungen verurteilt. Wenn England den industriellen Militarismus

bekomme, würden manche Arbeiterschichten der Verurteilung hinter geschlossenen Türen preisgegeben werden. Wenn man den Dienstzwang für Munitions- und Industriezwecke fordere, sollte man nicht nur die Arbeiterklasse unter Zwang stellen: „Ich bestreite — und ich bekämpfe ebenso mit aller meiner Kraft — das Recht einer Klasse, meiner Klasse den industriellen Dienst aufzuzwingen, ehe sie selbst den Boden und das Kapital des Landes kontribuiert und alles unter die Kontrolle des Staates gestellt hat.“ Am Schluß seiner Rede gab Smillie einige patriotische Erklärungen ab: Das Land werde sich nach den gebrachten Opfern nicht soweit erniedrigen, über den Frieden zu verhandeln, solange der Feind noch auf dem Boden Frankreichs und Flanderns stehe.

Am Dienstag hatte die Unabhängige Arbeiterpartei in London eine Gedächtnisfeier für Keir Gardie veranstaltet. Es sprachen u. a. die Genossen Macdonald, Anderson, Lansbury und Genossin Bruce Glasier. Lansbury sagte über die Dienstzwangsgesetzgebung: „Man nimmt sich vor, das Volk dieses Landes zu erniedrigen und zu versklaven, und wenn es sich nicht wehrt, wird es den preußischen Militarismus in seiner schlimmsten Form bekommen. Die Dinge stehen jetzt schon übel genug, aber sie werden millionenmal ärger stehen, wenn jeder Mann in Haft gesteckt und numeriert wird — nicht für nationale Zwecke, sondern um Profit und Zins für Individuen zu schaffen. Die Unabhängige Arbeiterpartei werde keinen Vorschlag unterstützen, der in Zukunft Beziehungen mit dem Volk verhindere, das man jetzt bekämpfe.“

In diesem Zusammenhange seien auch die Ausführungen mitgeteilt, die der wegen seines hohen Alters zurückgetretene Sekretär der englischen Friedensgesellschaft, Rev. Dr. Darby, zu einem Interview gemacht hat. Nach einem Bedauern des Fehlschlagens der Bemühungen des „Deutsch-Englischen Freundschaftsbundes“ und einigen scharfen Worten über die deutsche Kriegsführung sagte er: „Dieser Krieg war meiner Meinung nach unvermeidlich, weil er auf einer falschen Grundlage der internationalen Gesellschaft beruhte. Diese Grundlage war nur materiell. Die Nationen rüsteten unaufhörlich gegeneinander und als unvermeidliche Folge mußte einmal ein Ausbruch kommen. Manche Leute sagen, daß der jetzige Krieg künftige Kriege unmöglich machen werde. Aber das kann nicht der Fall sein. Der Krieg kann den Krieg nicht heilen. Aber er kann die Nichtigkeit des Krieges zeigen und das Volk weiser und friedfertiger machen. Im Augenblick kann für den Frieden nichts Reales getan werden, aber die Zeit dazu wird kommen, wie nach dem Südafrikanischen Krieg, wo das Volk zugänglicher wurde.“

Verleugnen diese Sätze nicht die Schwächlichkeit des bürgerlichen Pazifismus, so zeigen sie doch in der Bemerkung gegen die Leute, die den jetzigen Krieg als Krieg gegen den Militarismus ausgeben, eine Unabhängigkeit des Urteils, die da und dort noch vielen anderen Leuten zu wünschen wäre.

Aus den angeführten Äußerungen darf man nicht schließen, daß die Bewegung für den Dienstzwang aussichtslos ist. Die Zunahme der patriotischen Stimmung gerade in der Arbeiterklasse ist unleugbar und wenn die Lektüre der liberalen Presse zeigt, daß wenige Wochen genügt haben, um die alten Dienstzwangsgegner — bis zur alten Garde des „Manchester Guardian“ — schwankend zu machen, so finden wir eine unüberhörte, wenn auch bedingte Annahme des Zwangsprinzips in einer Erklärung des Führers der Labor Party, Dodge, der anscheinend für die während seiner französischen Reise auf ihn geübten Einwirkungen nicht unempfindlich geblieben ist. Jedenfalls hat man Äußerungen, wie die neuliche Kundgebung der industriellen Revolution durch den Arbeiterabgeordneten Thomas mit Vorsicht zu beurteilen, wenn man nicht durch die tatsächliche Entwicklung überrascht werden will.

## Hafenarbeiterstreik in Dublin.

London, 13. Oktober. (B. Z. V.) In Dublin ist ein Hafenarbeiterstreik ausgebrochen, von dem vier Dampferlinien betroffen sind. Mehrere einlaufende Dampfer wurden nicht ausgeladen. Man befürchtet, daß die Bewegung, die durch Nichtbewilligung von Lohnforderungen entstanden ist, sich auch auf andere Linien ausdehnen wird. In Bradford haben die Arbeiter der Webereien, deren Lohnforderungen ebenfalls nicht bewilligt wurden, auf den 14. Oktober gelündigt. Sollten, was man als wahrscheinlich annimmt, die Arbeitgeber die Werke schließen, so würden Tausende von Arbeitern beschäftigungslos werden.

## Die amerikanische Note an England.

London, 12. Oktober. (B. Z. V.) „Morning Post“ meldet aus Washington vom 11. Oktober: Staatssekretär Lansing hat heute früh dem Präsidenten Wilson persönlich die amerikanische Note an England überreicht, die gegen die ungesetzmäßige Weise, wie England den amerikanischen Handel behandelt, protestiert. Der Präsident hat die Note zum ersten Male zu Gesicht bekommen. Wenn er sie gutheißt, wird sie dem Londoner Votchsaster zur Uebermittlung an die britische Regierung gesandt werden. Wilson wünscht von England ein bündiges Versprechen zu erhalten, ehe der Kongreß im Dezember zusammentritt, da etliche 20 Mitglieder des Repräsentantenhauses und Senatoren der Substanten eine Bewegung ins Leben zu rufen planen, daß solange ein Verbot auf alle Waffenlieferungen an die Alliierten gelegt werde, bis der amerikanische Handel mit neutralen Häfen nicht mehr behindert wird.

## Der kriegsmüde Amerikaner.

New York, 15. September. (Fig. Ver.) Letzten November begab sich der 23jährige Amerikaner Russell Kelly auf Reisen. Angeblich wollte er die Weltanschauung in San Francisco besuchen; aber später erfuhr sein in New York wohnender Vater, daß der abenteuerlustige junge Mann in Bordeaux der Fremdenlegion beigetreten war. Seitdem hat der Vater viele in lebhaftem und anschaulichem Stil geschriebene Briefe von ihm erhalten, die meist in der New Yorker „Evening Sun“ veröffentlicht worden sind. Es heißt, daß Kelly in dem schweren Kampf bei Souchez am 16. Juni zweimal verwundet wurde und sich jetzt in deutscher Gefangenschaft befindet. Randes aus seinen letzten Briefen ist für die in der Schlachtlinie in Frankreich herrschende Stimmung recht interessant. So schreibt der amerikanische Fremdenlegionär am 16. Mai an seinen Vater: „Das Bild, das ich sehe, wenn ich im schwindenden Lichte über das Feld blicke, werde ich nie vergessen — es wirkt wie ein schauriges Alpdrücken. Die ganze Nacht hindurch erscholl das Geschrei der Verwundeten. Ich hatte in der Nacht einen angenehmen Weingeist. Es war ein toter Unteroffizier, aber er lag hinten im Graben, nur drei Schritte entfernt. . . . Ich muß jetzt lachen, wenn ich versuche, an die Zivilisation zu den-

ken. Aber nichtdestoweniger müssen wir zugeben, daß dies eine großartige Welt ist, und ich bedauere es nicht, daß ich hier bin. Die deutschen Gefangenen, die wir machten, waren gut genährt und gekleidet.“

In dem letzten, den 10. Juni datierten Brief hat Kelly für den Krieg nichts mehr übrig. Er schreibt: „Seit dem 9. Mai ist von diesem Regiment nicht mehr viel übrig; die Italiener sind eben freigelassen worden, um zu ihrem eigenen Meer zurückzukehren. Unsere Kompanie hat zurzeit 55 Mann aus einem vollen Bestande von 250; aber wir erwarten Ergänzung von neuen Mannschaften aus Valbonne und Lyon. Ja, dieser Krieg ist ein großes Spiel. Wenn Dir das nächstmal jemand von dem Ruhm des Krieges redet, wasche ihm ordentlich den Pelz. Man denke sich einen Sturmangriff mit spielender Kapelle und singender Mannschaft — Welch ein Nihilismus! Erstens kommen die Instrumente nie in die Nähe des wirklichen Kampfes und zweitens ist den Leuten beileibe nicht zum Singen zumute. . . . Die hiesigen Zeitungen bringen das Gerücht, daß Bryan durch einen Herrn Lansing ersetzt werden soll. Ich kann mich nicht entsinnen, je von dem Manne gehört zu haben. Wir befinden uns in guter Gesundheit und bekommen reichlich zu essen. Wir wünschen einstimmig, daß der Krieg bald zu Ende kommt. Du kannst es mir glauben, daß jene, die in den Vereinigten Staaten am meisten nach dem Krieg schreien, die Leute sind, die nichts vom Kriege wissen. Der Krieg bedeutet eine eiserne Verschwendung und ich nehme vor Herrn Wilson und seiner Würdigenheit den Hut ab. Ich hoffe, er wird die Vereinigten Staaten vor dem Kriege bewahren.“

## Die Demonstration von Johannesburg.

Aus Amsterdam wird uns geschrieben: In einer Wählerversammlung in einer Vorstadt von Johannesburg hat es eine ansehnlich reiche Demonstration gegen General Smuts gegeben und es scheint nach den langen Reden, die das amtliche Preshbureau über den zuunterlegt ohne Leibesbeschaden für den Genossen Bothas ausgegangenen Raub, daß man diesen angeblichen „Anschlag“ für die Regierungspartei, d. h. für die englandfreundliche „Südafrikanische Partei“ und gegen die nationalistischen Holländer demagogisch ausnützen möchte. In Wirklichkeit ist die Kundgebung über die sich dieselben Leute entziehen, die die vom holländischen Lumpenproletariat unter dem wohlwollenden Auge der Bourgeoisie veranstalteten Deutschen „Bogrome“ in den südafrikanischen Städten unlängst so milde beurteilt haben, gar nicht von holländischen Südafrikanern ausgegangen. Dies geben auch die „Daily News“, die die Begebenheit als einen „sehr bedauerlichen Zwischenfall“ bezeichnen, zu. Sie weisen darauf hin, daß Johannesburg ein Bollwerk der Arbeiterpartei und der Unionisten sei. Die Demonstration sei ausschließlich gegen Smuts gerichtet gewesen und habe ihre Ursache in der Haltung, die Smuts in der großen Streikbewegung von 1914 eingenommen habe. Sie zeige die Verbitterung, die die unausbleibliche Folge des Krieges sei. — Auch der „Newe Holländer Courant“ befreit, daß die Kundgebung von den holländischen Elementen der Bevölkerung ausgegangen sei, doch gibt er eine andere Erklärung. Man habe den Arbeitern, die am Zug gegen Deutsch-Südwest teilgenommen hatten, zugelegt, daß sie ihre Arbeitsstellen wieder offen finden würden, aber dieses Versprechen gebrochen. — Die Demonstration scheint jedenfalls dafür zu sprechen, daß die Regierungsfreunde, die neulich auf dem Kongreß der südafrikanischen Arbeiterpartei die Mehrheit gehabt haben, in den Arbeitermassen keine sichere Unterstützung finden. Welchem aber die kriegsfeindliche Richtung in der Arbeiterpartei bei den Arbeiterwählern die Oberhand, so ist die Lage der Regierung sehr bedenklich. Die „Daily News“ schreiben denn auch trübselig, daß es ein großes Mißgeschick sei, daß die Wahlen der Verfassung eine allgemeine Wahl in Südafrika im jetzigen Zeitpunkt notwendig mache. Der Wahlkampf der fünf Parteien sei überaus heftig und es bestiehe die sehr begründete Furcht, daß der Ausgang im besten Falle eine sehr ernste Schwächung der Position Bothas sein werde.

## Kriegsbesanntmachungen.

Liebegaben an Alleinstehende. Amtlich. Berlin, 12. Oktober. (B. Z. V.) Die Bestrebungen, Soldaten, die keine Sendungen für ihre Person aus der Heimat erhalten, mit Liebesgaben zu versorgen, treten immer häufiger in die Erscheinung. Es haben sich daher einige große Organisationen der freiwilligen Krankenpflege der dankenstürzten Aufgabe unterzogen, in ihrem Besitz befindliche Adressen dieser „Einsamen“ an solche Personen abzugeben, die sich an dieser Art der Liebestätigkeit für unsere Truppen zu beteiligen bereit sind. Um aber möglichst alle dieser „Alleinstehenden“ durch aus der Heimat kommende Gabenpakete zu erfreuen, hat die Heeresverwaltung angeordnet, daß die staatlichen Abnahmestellen freiwilliger Gaben, deren Verzeichnis in allen Postämtern aushängt, Liebesgabenpakete, die ihnen für „Alleinstehende“ zugehen, abzunehmen haben, sofern sie nicht eine persönliche Adresse tragen. Diese Pakete werden auf dem vorgeschriebenen Dienstwege den Truppen mit der Beilung zugeführt, sie nur an solche Soldaten zu verteilen, die sonst nie oder doch nur äußerst selten Sendungen aus der Heimat erhalten. In diesem Zweck werden die Pakete vor der Weiterbeförderung in den Abnahmestellen durch auffälliger Zettel „Für Alleinstehende“ besonders kenntlich gemacht. Es bleibt dem einzelnen Spender unbenommen, den Paketen Größe, Zettel und die Adresse des Absenders beizulegen, wodurch sich in vielen Fällen Beziehungen anbahnen werden, deren Pflege und Ausgestaltung Sache des einzelnen ist. Frachtbedingungen, die mit der Bezeichnung „Freiwillige Gaben“ an die Abnahmestellen ausgegeben werden, werden von allen Bahnen frachtfrei befördert.

## Zur Beschlagnahme von Nickel.

Berlin, 12. Oktober. (B. Z. V.) Erweiterung der Metallbeschlagnahme (Nickel). Die bestehende Verordnung (M. 1/4. 15. KRA) über Bestandsmeldung und Beschlagnahme von Metallen vom 1. Mai 1915, die sich nur an Gewerbe- und Handelreibende (nicht an Privatpersonen) wendet, und die auf den bei allen Postanstalten I. und II. Klasse erhältlichen „Weldschneinen für Metalle“ abgedruckt ist, wurde zum erstenmal am 14. August 1915 durch eine Nachtragsverordnung (M. 5347/7. 15. KRA) in bezug auf Aluminium in Fertigfabrikaten ergänzt und erweitert. Jetzt hat sich die Notwendigkeit ergeben, durch eine neue Nachtragsverordnung (Nr. M. 1020/9. 15. KRA), die mit dem 5. November 1915 in Wirkung tritt, die Verwendung von Nickel, das in der Hauptverfügung (M. 1/4. 15. KRA) unter den Metallen 12 und 13 aufgeführt ist (vergl. Weldschneine) weiter einzuschränken. Es ist von jetzt ab verboten, Nickel nach den Bestimmungen des § 6b Ziffer 1—4 der Hauptverfügung zu Kriegslieferungen im eigenen oder fremden Vertriebe, zu notwendigen Ausbesserungen in einem mit Kriegslieferungen beschäftigten Betriebe oder zur Aufrechterhaltung eines landwirtschaftlichen Betriebes zu verwerten. Vielmehr ist für jede Verwendung aus beschlagnahmten Nickelvorräten eine besondere Freigabe erforderlich, die auf dem vorgeschriebenen Vordruck bei der Sektion M. der Kriegsgroßabteilung des Königlich Preussischen Kriegsministeriums, Berlin SW. 48, verlängerte Gledemannstr. 9/10, beantragt werden muß. Daneben bleibt zulässig die Veräußerung von Nickel an die Kriegsmetall-Alliengesellschaft und ferner die Ablieferung der von der Verordnung (Nr. M. 825/7. 15. KRA) über „Beschlagnahme, Meldepflicht und Ablieferung von fertigen, gerauchtem und ungebrauchten Gegenständen aus Kupfer, Zinn und Reinnickel“ betroffenen Gegenständen (Haushaltungsgegenstände) an die kommunalen Sammelstellen. Alle näheren Einzelheiten sind aus dem Wortlaut der Nachtragsverordnung zu ersehen, die durch Anschlag und Abdruck in der Tagespresse zur allgemeinen Kenntnis gebracht wird.

# Gewerkschaftliches.

## Das Angebot der Frauenarbeit.

Als zu Anfang des Krieges die Arbeitslosigkeit gewaltig stieg, wurden davon die weiblichen Erwerbstätigen in weit erheblicherem Maße als die Männer betroffen und erst dann, nachdem sich eine Anzahl Berufe, besonders das Verkehrsgewerbe und die Metallindustrie, neu oder stärker für die weiblichen Arbeitskräfte erschloß, begann sich auch für sie die Lage auf dem Arbeitsmarkt zu bessern. Die erhebliche Zunahme der weiblichen Beschäftigten bei den Krankenkassen ist wohl der sicherste Beweis dafür. Trotz alledem bleibt aber seit Anfang dieses Jahres die Zahl der weiblichen Arbeitslosen fast immer gleich. Ja, die Arbeitsnachweise melden sogar ein dauernd steigendes Ueberangebot weiblicher Arbeitskräfte. Nachfolgend seien die hierüber ermittelten Zahlen angegeben. Es wurden gezählt:

im	bei den Arbeitsnachweisen weibliche Arbeitsfuchende		in den Organisationen weibliche Arbeitslose	
	1915	1914	1915	1914
Januar	128 000	85 000	16 745	4 950
Februar	128 000	98 000	13 992	4 431
März	144 000	106 000	12 295	4 086
April	140 000	105 000	12 798	3 569
Mai	137 000	104 000	14 761	3 509
Juni	142 000	99 000	13 402	5 437
Juli	144 000	81 000	14 115	4 827

Sowohl die Feststellungen der Arbeitsnachweise wie die der berichtenden Organisationen lassen die mißliche Lage der weiblichen Erwerbstätigen in der Kriegszeit gegenüber dem Vorjahr erkennen. Noch deutlicher tritt dies hervor, wenn die ermittelten Verhältniszahlen angeführt und denen der männlichen Arbeitskräfte gegenübergestellt werden. Es ergibt sich dann folgendes Bild:

im	Auf 100 offene Stellen kamen Arbeitsfuchende		Von 100 Gewerkschaftsmitgliedern waren arbeitslos					
	1915	1914	1915	1914	1915	1914		
Januar	125	167	234	106	5,8	11,1	5,0	2,4
Februar	118	172	218	97	4,5	9,4	3,9	2,1
März	98	152	173	92	2,6	8,3	2,9	1,9
April	100	165	161	94	1,9	9,1	2,9	1,7
Mai	99	158	173	100	1,7	10,0	2,8	2,6
Juni	96	157	168	101	1,4	9,1	2,5	2,6
Juli	98	165	158	99	1,4	9,7	2,8	2,4

Die größere Arbeitslosigkeit der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder tritt auch bei den Feststellungen über die Häufigkeit der Arbeitslosigkeit hervor. So standen zum Beispiel im 2. Quartal 1915 den 8,9 Proz. männlichen Arbeitslosen 17,5 Proz. weibliche Arbeitslose gegenüber, während in dem gleichen Quartal 1914 die entsprechenden Zahlen 9,9 und 6,8 betragen.

Nach den neuesten Erhebungen der Gewerkschaften hat auch im Monat August die Steigerung der Arbeitslosigkeit bei den weiblichen Mitgliedern angehalten, denn die Arbeitslosenziffer erhöhte sich auf 9,9. Dies ist zum größten Teil auf die behördlich verfügte Betriebsbeschränkung in der Textilindustrie zurückzuführen. Burden doch allein im Textilarbeiterverband zu Ende August 1914 Arbeitslose, darunter 1137 weibliche, mehr gezählt, als zu Ende Juni. Aber Voraussicht nach wird auch

in den späteren Monaten anstatt einer Besserung eine weitere Verschlechterung der Arbeitslage eintreten, was für die gewerblichen Arbeiterinnen, besonders für die der Textilindustrie, eine trübe Zukunft bedeutet. Hier halbtigt helfend einzugreifen ist Pflicht des Staates und der Gemeinden.

## Deutsches Reich.

Eine gesetzliche Einschränkung der Arbeitszeit fordert der Verband der Hut- und Filzwarenarbeiter und Arbeiterinnen. Die Arbeitslosigkeit unter den Outarbeitern ist geradezu erschreckend. Die ganze Arbeit drängt sich auf die „Saison“, auf die Monate Januar, Februar, März und April zusammen. Aber auch in der Saison betrug der Prozentsatz der Arbeitslosen im Kriegsjahr 1915 für den Januar noch 13,8 Proz., für den Februar 14,1, für den März 16,9 und für den April 23,6. Im Mai sprang die Arbeitslosigkeit auf mehr als das Doppelte hinauf, nämlich auf 43,8 Proz. Selbst in der besten Zeit sind in der Hutindustrie von 100 Arbeitern und Arbeiterinnen mehr als doppelt soviele arbeitslos als im Reichsdurchschnitt der Arbeitslosigkeit. Von den organisierten Strohhutnäherinnen in Dresden waren in den oben genannten Saisonmonaten mehr als der fünfte Teil ohne Arbeit. Am 10. August 1914 wurden von 380 organisierten Dresdener Strohhutnäherinnen 2900 als arbeitslos festgestellt. Am 10. August 1915 waren es von 2845 nicht weniger als 2000. Trotz dieser Arbeitslosigkeit wurde im Dresdener Gebiet Tag und Nacht (ohne Doppelschichten) und Sonntag wie in der Woche gearbeitet. In gleicher Weise wurde trotz der großen Arbeitslosigkeit in den Betrieben gewirkt, die feinerzeit Filzhelme, Dackel, Patronen-taschen usw. fabrizierten.

Der Verband der Hut- und Filzwarenarbeiter hat deswegen den Bundesrat ersucht, anzuordnen zu wollen:

1. a) In den Hut- und Filzwarenfabriken dürfen die Arbeiter und Arbeiterinnen nur an höchstens fünf Tagen in jeder Woche beschäftigt werden. b) Die durch die Fabrikordnung festgesetzte tägliche Arbeitszeit darf nicht verlängert werden. c) Ueber-, Nacht- und Sonntagsarbeit ist verboten. d) Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Behörden sind ermächtigt, eine weitergehende Beschränkung der Arbeitstage und der täglichen Arbeitszeit anzuordnen.
2. a) In den Seidenhut-, Klapphut-, Haasfilzhut-, Damenhut- und Strohhutfabriken jeder Art und Gattung ist Ueber-, Nacht- und Sonntagsarbeit, sowie jede Verlängerung der durch die Fabrikordnung festgesetzten Arbeitszeit verboten. b) Zur Beschäftigung der Arbeitslosen unter den Heimarbeitern in der Strohhutindustrie ist die Einschränkung der Arbeitszeit sinngemäß auf diese Heimarbeitern anzuwenden. Es darf an die Heimarbeitern nicht mehr Arbeit ausgegeben werden, als die Betriebsnähe in der täglichen Arbeitszeit machen kann. c) Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Behörden sind ermächtigt, eine Beschränkung der Arbeitstage und der täglichen Arbeitszeit anzuordnen.

In der Begründung der Petition ist auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Arbeitslosigkeit durch Streiken der Arbeit zu bekämpfen. Die Verminderung der Arbeitstage und der Wegfall jeglicher Ueber-, Nacht- und Sonntagsarbeit gelte es doch, während der Kriegszeit alle Aufträge rechtzeitig erledigen zu können. Es brauche nur mit der Saisonarbeit früher begonnen und später aufgehört zu werden. Heereslieferungen können rechtzeitig erfolgen, wenn sie besser verteilt werden, daran habe es bisher gefehlt. Trotz der gegenwärtig geübten freiwilligen Einschränkung der Arbeitszeit sei eine einheitliche gesetzliche Einschränkung unerlässlich, um dem vorzubeugen, daß die kommenden Saison-, Winter- und eh. Heeresaufträge durch Ueber-, Nacht-, Sonntags- und verlängerte Arbeitszeit in kurzer Zeit ausgeführt und die Arbeiter dann dem Elend der Arbeitslosigkeit preisgegeben werden. Die gesetzliche Einschränkung der Arbeit sei ferner unerlässlich für die Heimarbeitern, widrigenfalls würde der Zweck, allen längere Zeit Arbeit und Verdienst zu sichern, nicht erreicht.

## Gegen die Lohnbrücker bei Militärarbeiten

hat das Bekleidungsamt des VI. Armeekorps in Breslau energische Vorkehrungen getroffen. Es verpflichtet alle Unternehmer in einem scharfen Vertrag, den es der „Volkswacht“ zur Veröffentlichung übergab, den Heimarbeiter in jedem Falle 75 Proz. den Verftarbeiter 65 Proz. der vom Bekleidungsamt gezahlten Preise zu gewähren und das Garn zum eigenen Einkaufspreis abzugeben. Die Unternehmer und Geschäftsinhaber dürfen keinen Angehörigen des Bekleidungsamtes (nicht Angehörigen) Geschenke oder Vorteile zumenden oder sie „freihalten“. Was aber besonders wichtig ist, ist die Bestimmung, daß auch durch Weitergabe der Arbeiten an Zwischenmeister, Unterarbeitgeber usw. der Prozentfuß des Lohnes nicht sinken darf. Die Nichtbeachtung der Vertragsbedingungen hat die sofortige Entziehung der Arbeit zur Folge und da man den Bedingungen eine gewisse Rückwärtende Kraft gegeben hat, konnten viele Heimarbeiter ihren Lohnbrücker noch nachträglich mit Hilfe des Gewerbegerichts einen Teil des durch unbillige Manipulationen eingebehnten Profits wieder abnehmen. Gerade in der jetzigen schweren Zeit haben die Bestimmungen große Zustimmung in den Arbeiterkreisen gefunden.

## Aus Industrie und Handel.

### Kriegsprofite.

Die Handelskammer in Berlin hatte vor einigen Tagen ein Gutachten erstattet, über die Provision, die für den Nachweis eines Geldgebers für Heereslieferungen an den Vermittler zu zahlen ist. Der von der Handelskammer als üblich bezeichnete Satz von einem Prozent ist bei der Junkt der Geldvermittler auf lebhaften Widerspruch gestoßen und einer dieser Vermittler führt nun im Handelsblatt des „Berliner Tageblatt“ folgenden Fall an:

„Dem Einleger dieser Zeilen gelang es zum Beispiel, einem Heereslieferanten den nachgeschuldeten Kredit von 25 000 M. bei einer tiefenien Bankfirma zu vermitteln. Der Heereslieferant hatte einen Auftrag auf Herstellung von 24 000 Granaten binnen drei Monaten an die Heeresleitung zu liefern. Dieser Auftrag brachte ihm einen Gewinn von 5 M. pro Granat, in drei Monaten also 1 200 000 M. Das Bankgeschäft, das die 25 000 M. hergab, berechnete sich dieses Kapital nicht nur die üblichen Zinsen und Provision, sondern beteiligte sich an der Herstellung der Granaten derart, daß ihm für die Hergebe dieser 25 000 M. für einige Monate ein Gesamtgewinn von circa 6000 M. ausfiel. Wenn nun die Handelskammer meint, daß der Vermittler für die Vermittlung dieses Geschäfts, bei dem der Heereslieferant 120 000 M., der Geldgeber aber 6000 M. verdient, mit 250 M. abgefunden werden soll, so ist diese Meinung im höchsten Grade zu mißbilligen, denn der Vermittler hat ja gerade dem Heereslieferanten und dem Geldgeber durch seine Vermittlung zu ihren großen Verdiensten verholfen.“

Das Bankgeschäft hat also auf das Jahr berechnet, fast 100 Proz. Zinsen genommen. Dieser Skandal ist dadurch veranschaulicht worden, daß sich das Bankgeschäft an dem Unternehmen beteiligt hat. Man kann es verstehen, wenn der Vermittler unter diesen Umständen der Meinung ist, daß ihm statt 250 M., mindestens 2000 M. gebührt hätten. Für die Heeresverwaltung sollten Geschäfte dieser Art aber ein Anlaß sein, einmal zu prüfen, ob die von ihr gezahlten Preise nicht viel zu hoch sind.

### Kriegsgewinne.

Die Lothringer Lederwerke A.-G. in St. Julien erzielten einen Rohgewinn von 550 585 M. gegen 62 055 M. im Vorjahr. Der Nettogewinn stieg von 80 490 auf 190 920 M., wovon 10 Proz. (im Vorjahr 3 Proz.) Dividende gezahlt werden.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitagmorgen. Deutlich der Ober vielfach heiter. In der Nacht zum Freitag mäßig. In den Tagstunden überall mild. Im Westen noch überwiegend bewölkt. Straß neblich, jedoch nirgends erhebliche Nebenschläge.

# HERBST-KLEIDUNG



Vorteilhaft kariert  
Mantel, moderne weite  
Form, hübsche Knopf-  
verzierungen und  
breiter Gurt  
nur 23<sup>25</sup>

Einfacher moderner  
Glockenmantel mit  
schönem breitem  
Samtkragen. Reiz  
mit Stoffrollen und  
Samt garniert  
nur 34<sup>25</sup>

Frische Plüsch-Jacke  
aus vorzüglicher  
Ware, mit schönem  
breitem Seidenmieder.  
Gute Verarbeitung  
nur 46<sup>50</sup>

Die neue kurze Glocken-  
form! Ein schönes kleid-  
sames Jackenkleid, mit  
relativem hochstellbaren  
Samtkragen und reicher  
Rückenverzierung  
nur 44<sup>75</sup>

Praktischer Winter-  
mantel aus guter ein-  
farbiger Ware in allen  
schönen Farben u. neu-  
artigen Samtkragen  
und Glockenschoss  
nur 23<sup>50</sup>

Der beliebte, stets gern  
gekaupte Astrachan-  
Paletot mit reich ver-  
zierem Gurt. Tadellos  
sitzend  
nur 39<sup>75</sup>

Dieser selten schönen  
Mantel mit seinen vio-  
letten Reizen müssen Sie  
sehen, um ihn voll zu  
würdigen. Seht Preis ist  
nur 14<sup>75</sup>

Flottes Blütenkleid m.  
allen modernen Fein-  
heiten, aus sehr gutem  
Stoff, auf beide mit  
besonders schönem  
Glockenschoss - Rock  
nur 54<sup>50</sup>

## Schwarze Konfektion

Unserm Bestreben gemäß, dem Publikum das zu bieten, was es verlangt, haben wir, der Zeit Rechnung tragend, auch ein überreiches Lager in schwarzer Konfektion. Fast alle unsere Formen in Mänteln und Jackenkleidern sind hier in allen Größen vertreten, und wir haben versucht, das Ernst des Schwarz durch gefällige Formen und geschmackvolle Verzierungen zu mildern und kleidsam zu gestalten.

# C & A

BRENNINKMEYER G.M.B.H.

## Königstrasse 33

am Bahnhof Alexanderplatz.

## Chausseestr. 113

heim Stettiner Bahnhof.

Sonntags geschlossen!

Die Folgen der Teuerung.

Eine Hausfrau schreibt uns: Die Teuerung ist eine unabänderliche Begleitererscheinung des Krieges... mit dieser, vielleicht noch nachteiliger dargebrachten Bemerkung wird vielfach das stürmische Verlangen nach Schutzmäßigkeiten gegen die steigenden Lebensmittelpreise von denen abgewehrt, welche die Aufgabe haben, der heimischen Bevölkerung bei der Ueberwindung der Kriegsnöte mit behördlichen Nachmitteln Hilfe zu leisten.

Die Teuerung ist eine unabänderliche Begleitererscheinung des Krieges... mit dieser, vielleicht noch nachteiliger dargebrachten Bemerkung wird vielfach das stürmische Verlangen nach Schutzmäßigkeiten gegen die steigenden Lebensmittelpreise von denen abgewehrt, welche die Aufgabe haben, der heimischen Bevölkerung bei der Ueberwindung der Kriegsnöte mit behördlichen Nachmitteln Hilfe zu leisten.

Table with 2 columns: Item (e.g., Rindfleisch, Kalbfleisch) and Price (Anf. August 1914, Anf. Oktober 1915).

Nun war vor dem Kriege der Fleischverbrauch zum Mittagstisch schon nicht hoch... für Mann, Frau und ein zehnjähriges Kind monatlich 20-22 Pfund. Und es ist auch bei weitem nicht immer vom besten Fleisch gekauft worden.

Seit der in normalen Zeiten schon nicht erhebliche Verbrauch von Fleisch und Fischwaren mußte herabgedrückt und schließlich auf Seefische beschränkt werden. An Butter verbrauchte ich, die Kochbutter nicht eingerechnet, bis vor einem Jahre täglich knapp ein halbes Pfund, genau monatlich 13 1/2 bis 14 Pfund zu dem Preise von 1,80 M. das Pfund.

Wie nun den Ausgleich zwischen den verfügbaren Mitteln und dem notwendigen Nahrungsbedarf schaffen? Quantitativ läßt sich nicht sparen, wir könnten und auch vor dem Kriege den Magen nicht überladen. Bleibt nur übrig, die Qualität der Nahrungsmenge ständig zu verschlechtern, also auszuscheiden, was nicht direkt vom Bauchstille dient und an Stelle nahrhafter Speisen Ballast zu legen, der wenigstens das Gefühl der Sättigung erweckt.

Das Herz trampelt sich einem zusammen, wenn man bedenkt, daß von diesem Lohn oder gar von einer Kriegsunterstützung nicht nur die Lebensmittel, sondern auch noch Miete, Kleidung, Heizung, Licht und die tausendverlei anderen Bedürfnisse einer Familie bestritten werden sollen. Hier bedeutet die Teuerung nicht nur schlechte Ernährung, sondern Hunger, permanenten Hunger, der zu einem Gesundheitsverlust in weiten Volkskreisen und nur schwer wieder gut zu machenden Schäden führt.

Eine nach den Grundfragen der Ernährungswissenschaft aufgestellte Berechnung bezifferte nach den Preisen vom Juli 1914 die Ausgaben für die unumgänglich notwendigen Nahrungsmittel für 4 Personen auf 25,12 M. pro Woche. Der Lebensmittelwucher trieb diese Ausgaben wie folgt hinauf:

Table with 2 columns: Month (August, September, etc.) and Price (M.).

Jetzt im Oktober, nach den skandalösen Preistreibern der letzten drei Monate würden diese Ausgaben sicher 50 M. wöchentlich weit übersteigen. Wer aber kann so viel nur für Nahrungsmittel ausgeben? Alle können wissenschaftlichen Lehren über Volksernährung wirken wie Pohn, wenn idiomloser Wucher das Volk nicht aus der Hungerzone herauskommen läßt.

und da noch die Preistreiber. Nur Höchstpreise für alle Nahrungsmittel und Verkaufszwang, verbunden mit rückwärtslofen Strafen gegen alle Nahrungsmittelwucherer können Besserung bringen. Die ewigen Rücksichten und Sorgen um Erhaltung des Geschäftserfolgs sollten in dieser Zeit bitterster Kriegsnot endlich wegfallen.

Politische Uebersicht. Genossin Zetkin aus der Haft entlassen!

Genossin Klara Zetkin, die unter der Anklage des Landesverrats seit Ende Juli in Karlsruhe in Untersuchungshaft war, ist aus der Haft entlassen worden.

Die Wirkung des „Burgfriedens“.

Unter der Ueberschrift: „Was not tut!“ schreibt die „Dach. Zib. Corresp.“: „Das Wort „Burgfriede“ scheint für viele politische Organisationen die Bedeutung eines Schlafmittels zu haben. Die politischen Kreise aller Parteien — in manchen Bezirken — verhalten sich in einer gründlichen Art unthätig, als ob die Ausrufung des Burgfriedens ihnen die Durchführung aller ihrer Aufgaben unmöglich gemacht hätte; sie gefallen sich in einer ungeführten Ruhe.“

Es wird dann dargelegt, daß diese Auslegung des „Burgfriedens“ über das Ziel hinausschießt und der Aufgabekreis der politischen Organisation wird wie folgt umschrieben: „Neben der wirtschaftlichen und charitativen Mobilmachung in der Heimat darf die geistige und sittliche Mobilmachung nicht verabsäumt werden.“

„Reben der wirtschaftlichen und charitativen Mobilmachung in der Heimat darf die geistige und sittliche Mobilmachung nicht verabsäumt werden. Eine flüchtige Umschau auf den Wirrwarr von unklaren Ansichten, Beschränkungen, gefährlichen Urteilen, dummen Redereien im Volke tut die Dringlichkeit solcher Arbeit deutlich klar. Der manchmal zugabe tretende wirtschaftliche Eigenwitz bedarf unabweislich eines Gegengewichts durch Aufklärung, Mahnung und selbsttätige gemeinsame Maßnahmen der Gutgesinnten.“

„Die Partei vertritt als selbständige und sich ihrer Verantwortung bewußte Partei ihren einmal gewählten Standpunkt, der in langen Konferenzen beratschlagt, kritisiert und durch den Austausch gegenseitiger Meinungen herbeigeführt ist, heute ebenso wie früher. Auch wir hätten nichts gegen einen Austausch der verschiedenen Meinungen; auch wir glauben, daß diese gegenseitige Kritik nur zum Besten des Vaterlandes sein kann.“

„Die nationalliberale Parteileitung wünscht also, daß der „Burgfriede“ innerhalb der Partei strikte innegehalten werde.“

Vorsichtige Berichterstattung.

Die „Weser-Zeitung“ gibt Gerüchte wieder, wonach der Sturz des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch nicht nur auf seine Fehler in der Heerführung, sondern auch auf die Entdeckung großer Unterschlagungen des Generalstabs zurückzuführen sei. Man spreche von der Veruntreuung von 350 Millionen Rubel. Auch der ehemalige Kriegsminister Sukhomlinow soll sich unter der Anklage desselben Verbrechens in Untersuchungshaft befinden.

Ob diese Angaben zutreffen, oder ob sie sich nur auf wilde Klatschereien gründen, wissen wir nicht. Wir erwähnen sie zunächst auch nur um der Bemerkung willen, mit der die „Weser-Zeitung“ die Wiedergabe der Gerüchte rechtfertigt. Sie sagt:

„In Friedenszeiten würde man sich hüten, solchen Vermutungen offen Ausdruck zu geben, während dieses rasenden Krieges aber, wo unsere Feinde und gerade die Russen so schenkliche, unmenschenliche Verbrechen begehen, braucht man weniger vorsichtig zu sein. Man kann wohl auf den allgemeinen Gumpf hinweisen, dem so viele gleichende, innerlich harte Wänten entspringen, und kann einem Menschen wie Nikolai alles zutrauen.“

Wir sind weit davon entfernt, einem russischen Großfürsten nicht alles zutrauen, aber daß man in Kriegszeiten mit solchen Vermutungen weniger zurückhaltend zu sein brauche als im Frieden, will uns nicht in den Sinn.

Beschränkung des Fortbildungsschulunterrichts zugunsten der militärischen Vorbereitung.

Dem „Westfäl. Volksblatt“ wird aus dem Regierungsbezirk Osnabrück berichtet, daß dort für die Dauer des Krieges der eigentliche Fortbildungsschulunterricht bis auf zwei Stunden wöchentlich beschränkt und lehrplanmäßig die Uebungen zur militärischen Vorbereitung an die Stelle der freigewordenen Stellen gesetzt werden sollen. Der theoretische Militärunterricht soll in den Lehrplan mit-aufgenommen werden.

Eine solche grundsätzliche Aenderung wird sicher genereller Entscheidung bedürfen. Es muß darauf hingewiesen werden, daß die Besucher der Schulen ganz allgemein jetzt unter dem Mangel an ordentlichem Unterricht leiden; ihm noch weiter zu beschränken, ist sehr bedenklich.

Neue Richtlinien für die militärische Vorbereitung?

Das Kriegsministerium hat auf Veranlassung von Schulen und besonders konfessioneller Vereine der Jugendpflege folgende neue Verfügung über die militärische Vorbereitung der Jugend erlassen:

„Schule und Jugendpflege sind mehrfach vorteilhaft geworden, weil ihre Interessen durch zu häufige, oft auch zu anstrengende Uebungen der militärischen Vorbereitung geschädigt worden sind. So großen Wert die Heeresverwaltung auch darauf legt, daß man bei den Uebungen der militärischen Vorbereitung eine Trennung nach Schulen, Konfessionen usw. vermeiden wird, so darf das doch nicht dazu führen, daß in dieser Hinsicht ein Zwang auf Vereine ausgeübt wird, die auf eine langjährige segenreiche Arbeit an der Jugend zurückblicken können, und namentlich in ihrem Bestand gefährdet sind. Wenn solche Vereine die militärische Vorbereitung in ihr Programm nicht aufgenommen haben, so können sie nicht gezwungen werden, zum Beispiel zugunsten einer einmal oder mehrere Male in der Woche abend neu gegründeten

Jugendkompanie auf ihre eigene Vereinsarbeit nahezu zu verzichten. Der Standpunkt der Heeresverwaltung läßt sich sehr wohl mit den Interessen von Schule, Kirche und Jugendpflege vereinigen, wenn das richtige Maß inne gehalten wird. Die Heeresverwaltung hält es daher für die Folge der Kriegszeit für ausreichend, wenn unter Berücksichtigung der Wünsche des vorgenannten Interessentenkreises im Laufe eines Monats nicht mehr als vier Uebungen zur militärischen Vorbereitung im allgemeinen abgehalten werden. Für Sonntagsübungen bedarf es hinsichtlich des Beginns eines Einvernehmens mit der Geistlichkeit. Ein Zwang zur Teilnahme an einem Feldgottesdienst darf nicht ausgeübt werden. Die Heeresverwaltung wird demnach an die Stelle der Nicht-Anhaltspunkte für die Ausbildung herausgeben und ersucht die königlichen stellvertretenden Generalkommandos usw., schon jetzt darauf hinzuwirken, daß Ueberanstrengung der Jugendlichen vermieden werden, und das Anstreben von Höchst- und Weittübungen, besonders bei Mädchen, verboten wird. Sehr heiße Tage sind für Marschleistungen zu vermeiden. Gelegentliche ärztliche Untersuchungen der Teilnehmer vor und nach einem Marsche ist sehr erwünscht.“

„In der Verfügung wird unter anderem weiter darauf hingewiesen, daß jeder junge Mann, der regelmäßig an dem Vorbereitungsdiens teilgenommen hat, einen entsprechenden Ausweis für den Eintritt ins Heer als Empfehlung erhält.“

Der „Königlichen Zeitung“ (Nr. 984) gehen zu dieser Verfügung Bemerkungen zu, in denen es u. a. heißt, daß das Abflauen der Teilnahme an den Uebungen in der wirtschaftlichen Behinderung, dem Widerstand so mancher höherer Schulen und der konfessionellen Jünglingsvereine zu suchen sei, die ihre Mitglieder gebendert zu halten wünschen. Schließlich wird folgende interessante Mitteilung gemacht:

„Aber alle diese Erfahrungen, die während des Bestehens der militärischen Vorbereitung gemacht worden sind, drängen unbedingt zu der Einführung des Zwanges an der Teilnahme, wie das mit geringen Ausnahmen aus allen Berichten behinderung, dem Widerstand so mancher höherer Schulen und der konfessionellen Jünglingsvereine zu suchen sei, die ihre Mitglieder gebendert zu halten wünschen. Schließlich wird folgende interessante Mitteilung gemacht:“

Vertagung der heftigen Landtagswahlen.

Die heftige Kammer, die am Dienstag zu einer kurzen Sitzung zusammentrat, beschloß, die in den Jahren 1914/15 oder in der ersten Hälfte des Jahres 1916 notwendig gewordenen oder notwendig werden sollen Wahlen der Abgeordneten zur zweiten Kammer auf die zweite Hälfte des Jahres 1916 zu verschieben. Weiter wurden Maßnahmen beschlossen, um den Kriegsteilnehmern das Wahlrecht zu sichern.

„Neue Gefahren in Polen.“

Unter dieser Ueberschrift bringt die „Germania“ einen Artikel „von besonderer polnischer Seite“, in dem die Ursachen der Maßnahmen der deutschen Verwaltung gegen revolutionäre Umtriebe in den besetzten russisch-polnischen Gebieten erörtert werden. Der Verfasser des Artikels erwähnt die folgenden zwei Ansichten:

„Einige meinen, daß die deutschen Behörden in Polen im Artum seien, wenn sie die in Frage stehende Agitation als von den radikal-polnischen und revolutionären Elementen herrührend beurteilten; es handle sich um eine rein soziale Bewegung, die dadurch hervorgerufen sei, daß die blühende polnische Industrie — infolge des Krieges und aller mit demselben verbundenen Umwälzungen und Umständen — eine schwere Krise durchmache, deren sehr ernste Konsequenz eine weitverbreitete Arbeitslosigkeit unter der Fabrikbevölkerung sein mußte. Da außerdem seit dem Rückzug der Russen aus Polen eine große Teuerung der notwendigen Lebensmittel allgemein herrscht, hat das den Fabrikarbeitern drohende Elend eine starke Störung unter denselben hervorgerufen, die schwerlich aufhören wird, bevor die maßgebenden Faktoren zu einer energischen Sanierung der traurigen ökonomischen Lage im Lande schreiten.“

„Andere Berichterstatter vertreten die Meinung, es handle sich in der Tat um eine revolutionäre Agitation, die von den Feinden Deutschlands, mit Hilfe der leider nicht fehlenden polnischen radikalen und antisozialen Elemente, hervorgerufen sei. Zweck dieser unwürdigen Arbeit — die insbesondere Rußland und England erwünscht sei — wäre, durch Herbeiführung erster Unruhen die Regierung zu blutigen Repressionen zu zwingen, damit polnisches Blut fließe, und alle Feinde Deutschlands dann mit Triumph vor der ganzen Welt über die „deutsche Barbarei“ zu schreiben imstande seien. Polnisches Blut und polnisches Unglück haben inbeffen für diese eigenartigen „Freunde“ Polens keine Bedeutung, wenn man nur auf irgendwelche Weise den Deutschen moralischen Schaden zufügen und das Gute verhindern könnte, das im vom russischen Reich befreiten Polen die deutsche Verwaltung mit dem aufrichtigsten guten Willen zu schaffen angefangen hat.“

Ein Urteil darüber, welche der beiden Ansichten die richtige ist, fällt der Verfasser nicht.

Das tägliche Brot.

Die bestrafte Stadt Tilsit.

Die Stadt Tilsit hatte Höchstpreise für eine Reihe von Lebensmitteln festgesetzt. Dieser Versuch, der Bevölkerung zu billiger Nahrung zu verhelfen, ist aber fehl, da Produzenten und Händler den Markt der Stadt regelrecht boykottierten. Wenn wirklich einige Landleute sich willens zeigten, ihre Ware in Tilsit abzusetzen, so wurden sie auf dem Wege von Händlern abgefangen, die ihnen ihre Produkte abkauften, um nur ja dem verhassten Ort die Zufuhr abzuschneiden. Schließlich sah sich die Stadt genötigt, zunächst die Höchstpreise aufzugeben. Erfolg: am nächsten Markttag wurde für Butter 2,50 bis 3,00 M., ja zuletzt 3,50 M. gefordert und Eier kosteten sechs Stück eine Mark. So rächte man sich für die Höchstpreise.

Die „Tilsiter Allgem. Ztg.“ meint, daß diese Vorkommnisse ein großes Licht auf die Ohnmacht der Kommunen in Sachen der Preisregulierung werfen und verlangt, daß sich die Regierung ins Mittel lege. Diese Forderung ist berechtigt, aber im vorliegenden Falle sollte sich zunächst einmal der Staatsanwalt bemühen. Hier liegt Wucher klar auf der Hand und den Lebensmittelwucherern sollten doch die bürgerlichen Ehrenrechte entzogen werden.

Der Handel mit eingeführtem Getreide.

Zu der Verordnung, daß alle eingeführtes Getreide- und Futtermittelmengen an die Zentralkaufgesellschaft geliefert werden müssen, schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“:

Die Verordnung, betreffend die Einfuhr von Getreide, Hülsenfrüchten, Mehl und Futtermitteln vom 11. September 1915, bezweckt, die Mißstände zu beseitigen, die sich bei der Einfuhr dieser Erzeugnisse entwickelt hatten. ... Wie bekannt, ist die Verteilung der im Inland gewonnenen Mengen von Getreide, Hülsenfrüchten und Futtermitteln Gegenstand einer umfassenden und bis ins kleinste sorgfältig durchgearbeiteten Regelung gewesen, deren

Zweck es ist, jedem das zuzuteilen, was ihm nach Lage der allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse einerseits, seiner besonderen Bedürfnisse andererseits gewährt werden kann. Diese wohlhabendere Regelung wird empfindlich gestört, sobald freie Vorräte im Verkehr sind, die sich jeder — jedoch nur zu Liebhaberpreisen — verschaffen kann. Damit wird die Organisation unseres Wirtschaftslebens durchgehört, und zwar letzter Endes zugunsten derjenigen, deren Verhältnisse es ihnen gestatten, besonders hohe Preise anzulegen.

Es erwies sich demnach notwendig, die Verteilung der bezeichneten Erzeugnisse in eine Hand zu legen und sie einer Stelle zu übertragen, die ausreichende Gewähr für eine sachkundige Durchführung dieser Aufgabe bot.

Dies ist der Grundgedanke der Verordnung vom 11. September, die in Verbindung mit der früheren Verordnung vom 26. August über den Verkehr mit Hülsenfrüchten vordrückt, daß alle eingeführten Erzeugnisse der erwähnten Art an die Zentraleinkaufsgesellschaft m. b. H. in Berlin zu liefern sind. Um allen Möglichkeiten gerecht zu werden, ist zugleich der Reichskanzler (Reichsamt des Innern) ermächtigt worden, in geeigneten Fällen Ausnahmen zuzulassen.

Der Handel, soweit er sich im Ausland betätigt, ist damit nicht ausgeschlossen. Es ist ihm lediglich in der Preisfestsetzung durch die Zentraleinkaufsgesellschaft ein festes Maß gegeben, den er bei seiner Kalkulation berücksichtigen wird.

### Die Preisprüfungsstelle für das Reich.

Den Vorstand der neugegründeten Prüfungsstelle bilden: Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern Richter, Vorsitzender, Präsident Rany erster Stellvertreter, Ministerialdirektor Lufensky zweiter Stellvertreter, Geheimrat Oberregierungsrat Jung Geschäftsführer.

Dem Beirat gehören an die Vertreter der Einzelstaaten beim Bundesrat, ferner die Mitglieder des Reichstags: Graf v. Schwerin-Löwig, Dr. Köhler (L.), Schibbendorf (Rp.), Herold, Giesberts (Z.), Wasserhagen, Dr. Böhm (natl.), Fischel, Wendt (Rp.), Behrens (Brt. Vg.), Seyda (Vole), Robert Schmidt, Ebert (Soz.). Außerdem sind vertreten die Landwirtschaft, die Städte, Handel und Gewerbe und endlich die Verbraucher, letztere durch die Herren: Verbandsdirektor Northaus, Berlin, Amtsrichter a. D. Hey, Berlin (Hauptverband deutscher gewerblicher Genossenschaften), Dr. Crüger, Berlin, Fabrikant E. Kofke-Lüdenfeldt (Allgemeiner Verband der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften), Geschäftsführer Seifert-Hamburg, Dr. August Müller, Hamburg (Zentralverband deutscher Konsumvereine), Universitätsprofessor Dr. Zimmermann-Vidert, Redakteur Joseph Weder-Berlin (Kriegsausschuss für Konsumenteninteressen).

### Die Buttersteuerung.

Der Rat der Stadt Chemnitz hat mit Rücksicht auf die fortgesetzte Steigerung der Butterpreise beschloffen, nicht nur am Orte, sondern auch an den Bezugsorten den Ursachen der Steigerung nachzugehen, um die Schuldigen eventuell zur Verantwortung zu ziehen. Die Stadt will auch bei der Regierung dahin vorstellig werden, daß diese sich für Höchstpreise für das ganze Reich verwalde.

Zur gemeinsamen Abwehr der steigenden Milch- und Butterpreise bemühte sich die Kachener Stadtverwaltung seit längerer Zeit, eine Vereinbarung unter den rheinischen Großstädten zustande zu bringen, durch die liberalen Höchstpreise für Milch und Butter festgesetzt werden sollten. Diese Bemühungen sind gescheitert. Die Folge davon ist, daß, um nur ein Beispiel zu nennen, die Preise auf den holländischen Buttermärkten durch Händler und Agenten der rheinischen Großstädte fortwährend in die Höhe getrieben werden, und diese höheren Preise werden dann schnell auch zum Preisregulator für die einheimische Produktion.

Mit der Milchversorgung ist es ähnlich. Von allen rheinischen Großstädten hatte Kachen allein einen Höchstpreis für Milch festgesetzt. Er betrug ab Laden oder frei Haus 24 Pf.; die Versorgung ging in befriedigender Weise vor sich und auch die Landwirte waren mit dem Preise zufrieden. Nun erfolgten aber ständig Ueberangebote anderer Städte und Händler im Bezugsgebiete Kachens, und die Kachener Milchversorgung wurde gefährdet. Um dieser Gefahr vorzubeugen, war die Stadt gezwungen, den Höchstpreis auf 26 Pf. zu erhöhen, damit wenigstens die Erneuerung laufender Kontrakte gesichert ist. Freilich ist eine neuerliche Erhöhung nicht ausgeschlossen, wenn nicht die anderen rheinischen Großstädte entsprechende Vereinbarungen treffen.

### 500 Prozent Preissteigerung.

Ein bemerkenswertes Beispiel dafür, wie ein gewisser Teil der Landwirte und des Großhandels die Kriegskonjunktur wahrnimmt zum schweren Schaden für die konsumierende Bevölkerung, liefert der Weißkohl. Dieses Produkt wird reichlich, namentlich im Rheingebiet, erzeugt. In normalen Jahren kostet der Zentner davon ab Station durchschnittlich 80 Pf. Im vorigen Jahre stieg dieser Preis schon auf 90 Pf. bis 1,20 M. Dieses Jahr nun wird durchweg für den Zentner der geradezu ungeheuerliche Preis von vier Mark gefordert! Das ist also eine Steigerung von 500 Proz. Weist es bei diesem Preise, wie nur zu sehr zu befürchten, dann kostet der Zentner im Kleinhandel mindestens 6 M. Das ist darauf zurückzuführen, daß einmal noch Frucht und Speise auf den Einkaufspreis kommen, dann aber, daß gerade beim Weißkohl stets durch Abfallen von Wäldern und natürlichen Schwund ein großes Manko entsteht etwa 10 bis 15 Zentner pro Waggon.

## Aus der Partei.

### Jahresbericht der schwedischen Sozialdemokratie.

Aus dem soeben herausgegebenen Jahresbericht geht hervor, daß sich die Mitgliederzahl um rund 9000 erhöht hat und jetzt 84 410 beträgt. Dieser Mitgliederzuwachs ist das Resultat einer planmäßigen, umfassenden Agitations- und Organisationsarbeit. Noch in keinem Jahre sind so viele neue Parteivereine gegründet worden als in dem vorliegenden. Ueberall auf dem Lande hat die Partei neuen Boden gewonnen, selbst in solchen Gegenden, wo man es nicht erwartet hatte. Im ganzen sind 27 neue Organisationen entstanden, und beim Abschluß des Jahres befanden 780 sozialdemokratische Vereine in Schweden. Die rastlose Arbeit in den Organisationen hat auch gute Resultate gezeitigt. Bei den Kommunalwahlen in den Städten konnten trotz des sehr ungünstigen Pluralwahlsystems, das dem einzelnen das Recht gibt, bis 40 Stimmen abzugeben, 66 neue Mandate erobert werden und in den Landgemeinden sogar 312. Im ganzen sind in den Städten 426 und in den Landgemeinden 754 sozialdemokratische Vertreter. In den übrigen kommunalen Institutionen, wie Schulkommissionen usw., sind im ganzen 4706 Genossen früher 2691. Im Jahre 1913 gab es 145 sozialdemokratische Provinzialratsmitglieder, jetzt sind es 193. Während so die allgemeinen Parteivereine an Zahl und Mitglieder gewachsen sind, befinden sich die speziellen Vereine der weiblichen Genossen und die des immer selbständiger auftretenden Jugendverbandes auf dem Wege des Rückganges. So hatten am Jahresabschluss alle sozialdemokratischen Frauenvereine zusammen nur noch 838 und der Jugendverband, der schon auf 13 000 Mitglieder gestiegen war, 7000 Mitglieder, die in 275 Vereinen verteilt sind.

### Totenliste der Partei.

Ein Opfer des Weltkrieges geworden ist im Alter von 39 Jahren Genosse Göge-Liist, Angestellter des Fabrikarbeiterverbandes. Der Verstorbene hat sich um die sozialistische Arbeiterbewegung besonders verdient gemacht. Nicht nur seinem Verbands, sondern auch der Partei, dem Konsumverein und der proletarischen Jugendbewegung hat er wertvolle Dienste geleistet. Er gehörte zum unausgebildeten Landsturm, wurde ausgebildet und vor Wilna wurde er schwer verwundet. An den Folgen dieser Verwundung starb er in einem Lazarett.

## Soziales.

### Vorenthaltung der Invalidentarte.

Daß bei der Lösung des Arbeitsverhältnisses dem Arbeiter die Invalidentarte nicht sofort ausgehändigt wird, kommt öfter vor. Aber es handelt sich dann in der Regel um einen Irrtum oder ein Versehen auf der einen oder anderen Seite. Doch es passiert auch — wie ein Prozeß vor der Kammer 3 des Gewerbegerichts zeigte — daß Angestellte großer Betriebe mit Absicht die Invalidentarte zurückbehalten, um den Arbeiter dadurch zur Erfüllung an ihn gestellter Forderungen zu nötigen.

1. Der Zimmerer Grunow forderte von der Baufirma Geld u. Franche wegen Vorenthaltung der Invalidentarte im Klagewege 105 Mark Schadenersatz. Die der Kläger darlegte, war er auf einer Arbeitsstelle in Anhalt beschäftigt. Dort teilte er an einem Freitag dem zuständigen Angestellten der Firma mit, daß er am Sonnabend aufhören wolle, man möge also seine Invalidentarte zurecht machen. Bei der Lohnzahlung am Sonnabend erhielt der Kläger seine Karte nicht. Man schickte ihn nach dem Bureau einer anderen Baufirma, wo er die Karte holen sollte. Ob er sie hier gefordert hat, ist zweifelhaft. Der Kläger reiste, ohne seine Karte bekommen zu haben, nach Berlin. Vier Tage später erhielt er aus Anhalt einen Brief, worin ihm der dortige Vertreter der Firma mitteilte, er könne seine Invalidentarte erst dann erhalten, wenn er einen ihm bei der Lohnzahlung nicht abgezogenen Vorschuß von 6 M. zurückgibt. Der Kläger, welcher behauptet, die 6 M. seien ihm in Anhalt bereits abgezogen worden, ging mit dem Brief nach dem Berliner Bureau der Firma. Hier wurde ihm gesagt, man werde nach Anhalt telefonieren und die sofortige Ueberendung der Karte veranlassen. Trotzdem vergingen noch acht Tage, ehe der Kläger in den Besitz seiner Invalidentarte kam.

Der Prozeßvertreter der Firma erkannte an, daß hier ein Verschulden von Angestellten der Firma vorliege, für das sie haftbar sei. Er verglich sich deshalb mit dem Kläger auf Zahlung von 65 M.

2. Dem Zimmerer Boh, der gegen die Aktiengesellschaft für Beton- und Monierbau auf 60 Mark Schadenersatz klagt, ist die Invalidentarte nicht ausgehändigt worden, anscheinend aus ähnlichen Gründen wie in vorstehendem Falle. Boh hat in Wiesloch gearbeitet. Bei seiner Entlassung hat ihm der dortige Vertreter der Firma statt der Invalidentarte einen Entlassungsschein gegeben, auf dem drei oder vier Versicherungsmarken, die in die Karte gehörten, aufgelegt und entwertet waren. Mit diesem Schein in der Hand hat der Kläger versucht, Arbeit zu bekommen, er ist aber abgewiesen worden, weil er die Invalidentarte nicht hatte. Erst elf Tage nach seiner Entlassung bekam er die Karte. — Der Vertreter der klagenden Firma schloß vorbehaltlich des Widerrufs innerhalb dreier Tage einen Vergleich, wonach der Kläger 30 Mark erhalten soll.

### Ein bedrängter Kolonnenführer.

Als Führer einer Affordmurerkolonne hatte der Maurer Meiß ein Verdrag mit der Firma Held u. Grande abgeschlossen, worin unter anderem bestimmt wird, daß je 25 Pf. von dem Affordlohn für 1000 Steine einbehalten und erst nach Vollendung des ganzen Affords ausbezahlt werden. Meiß hat die Arbeit lange vor ihrer Vollendung aufgegeben und den einbehaltenen Betrag deshalb nicht bekommen. Er klagte auf Auszahlung des selben beim Gewerbegericht und führte aus, er habe die Arbeit gegen seinen Willen aufgeben müssen, weil die Mitglieder seiner Kolonne als Menschen und Arbeiter so schlecht gearbetet seien, daß er mit ihnen nicht arbeiten konnte. Er würde gern auf den einbehaltenen Betrag verzichten, aber er werde von der Kolonne arg bedrängt. Er habe ein Schanklokal. Dort erscheine jeden Sonntag die Kolonne, sie mache fürchtbaren Lärm und verlange von ihm das Geld. 75 Pf. habe jeder nur zu beantragen und dafür werde er so mit Lärm und Schimpfereien bedrängt, daß er schon mehrere Sonntage seinem Lokal ferngeblieben sei. Da der Anspruch des Klägers an dem von ihm eingegangenen Verträge scheitern mußte, riet der Vorsitzende zu einem Vergleich. Aber davon wollte der Kläger nichts wissen. Ein Urteil sei ihm lieber — sagte er — damit er es seinen Affordmureuren schwarz auf weiß zeigen könne. Das Gericht erkannte dann auf Abweisung der Klage.

Als der Kläger hierauf hat, ihm das Urteil noch vor dem nächsten Sonntag auszustellen, meinte der Vorsitzende begütigend:

So schnell geht das nicht. Einen Sonntag werden Sie sich wohl noch vor dem Ansturm der Kolonne zurückziehen müssen.

## Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 332 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Infanterie usw.: Garde: 1. und 2. Garde-Reg.-Reg.; Garde-Pfü.-Reg.; Garde-Jäger-Gr.-Bat. Lehr.-Inf.-Reg. Gren., bezw. Inf., bezw. Pfü.-Regimenter Nr. 1, 2, 3, 4, 10, 14 (f. auch Inf.-Reg. Nr. 149), 15, 19 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 222), 21, 26, 31 bis einschl. 35, 45, 63, 65, 66, 67, 70, 73, 81 (f. auch Ref.-Inf.-Reg. Nr. 81), 86, 87, 90, 92, 99, 109, 118 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 222), 129, 130, 141, 143, 147, 149, 150, 151, 152, 157, 162, 164, 165, 176, 190, 352, 353, 357, 358, 361. Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 2, 3, 12, 19, 31, 34, 35, 36, 74, 81, 87, 93, 110, 201, 202, 214, 215, 216 (letzte drei f. Schwere Minenwerfer-Abt. Nr. 89), 222, 223, 234, 252. Gr.-Inf.-Reg. Nr. 7 (f. Inf.-Reg. Nr. 352). Ref.-Gr.-Inf.-Regimenter Nr. 2, 3 und 4. Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 2, 4, 11, 12, 18, 19, 21, 32, 34, 37, 39, 46, 47, 51 (f. auch Inf.-Reg. Nr. 352), 53, 57, 65, 87, 109, 349. Landw.-Gr.-Inf.-Regimenter Nr. 1, 2, 4 (f. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 349). Brig.-Gr.-Bataillone Nr. 5 (f. Inf.-Reg. Nr. 358), 6 (f. Inf.-Reg. Nr. 357). Landw.-Brig.-Gr.-Bataillone Nr. 13 (f. Landw.-Gr.-Inf.-Reg. Nr. 2), 26 und 27 (beide f. Landw.-Gr.-Inf.-Reg. Nr. 1), 38. Landst.-Inf.-Bataillone: 1. Köln, Cöln, Gießen, II. Gleiwitz, Gildesheim, II. Jauerburg, I. Löben, G. Münster, II. Neuh. II. Stade, 2. II. Trier, Waldenburg, Landst.-Inf.-Gr.-Bataillone: 5. des 6. Armeekorps (Cöln) und 1. Darmstadt. Landst.-Inf.-Komp. Jauer. Jäger-Bataillone Nr. 4 und 14; Ref.-Bataillone Nr. 2, 3, 4 und 11. Kaballerie-Kompagnien Nr. 154 und 1. der Landw.-Div. Königsberg; Ref.-Kompagnien Nr. 75 und 77. Feld-Maschinengew.-Jüge Nr. 145 (f. Ref.-Jäger-Bat. Nr. 3), 210 (f. Inf.-Reg. Nr. 176), 238 (f. Ref.-Jäger-Bat. Nr. 3).

Kavallerie: Ulanen Nr. 2. Feldartillerie: Regimenter Nr. 11, 14, 15, 17, 31, 34, 37, 40, 52, 80; Ref.-Regimenter Nr. 13, 20, 25, 29; Landst.-Batterie des 17. Armeekorps. Fußartillerie: Mörser-Batterie Nr. 210. Schwere Küstenermörser-Batterie Nr. 5. Pioniere: I. Garde-Bat.; Garde-Gr.-Bat.; Regimenter Nr. 18, 19, 20, 23, 24, 25, 31; Bataillone: I. und II. Nr. 6, I. und II. Nr. 8, I. Nr. 11, I. und III. Nr. 16, I. und II. Nr. 17, I. und II. Nr. 21, I. Nr. 26, I. Nr. 27, I. und III. Nr. 28; Gr.-Bataillone Nr. 3 und 26; Kompagnien Nr. 106, 218, 221, 237, 304; Ref.-Kompagnien Nr. 43, 48, 49, 85, 91; Landw.-Kompagnien: 2. des 4., 2. des 8. und 1. des 9. Armeekorps; 1. Landst.-Gr.-Komp. des 5. Armeekorps. Ref.-Schwermörser-Bat. Nr. 42; Leichtere Festungs-Schwermörser-Bat. Nr. 4. Leichtere Minenwerfer-Abteilungen Nr. 201, 202, 212, 257; Mittlere Minenwerfer-Abteilungen Nr. 113, 114, 118; Schwere Minenwerfer-Abteilungen Nr. 8, 19, 35, 37, 39. Vershörsgruppen: Militär-Eisenbahndirektion Nr. 6. Fernsprech-Abt. Nr. 36 des 3. Meereskorps. Feldfliegertruppe. Train: Ref.-Div.-Brigadetrain Nr. 21 der 21. Ref.-Div. Fuhrparkkolonne Nr. 5 des 1. Armeekorps. Ueberplanmäßige Magazin-Fuhrparkkolonne Nr. 4 der 35. Ref.-Div. Sanitäts-Kompagnie Nr. 52 des 4., Nr. 1 des 5. und Nr. 1 des 7. Armeekorps. Armierungs- und Straßenbau-Formationen: Armierungs-Bataillone. Straßenbau-Komp. Nr. 32. Depotverwaltung der Artillerie-Prüfungs-Kommission.

Liste Nr. 1 der aus Frankreich zurückgekehrten, den kaiserlichen Schutztruppen angehörenden Austauschgefangenen und Liste Nr. 4 der aus Frankreich zurückgekehrten preussischen Austauschgefangenen sind veröffentlicht.

Der Schluß der bayerischen Verlustliste Nr. 229 meldet Verluste der Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 18, 17, 20, 21, 22; Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 1, 2, 3, 5, 6, 7, 8; Gr.-Inf.-Reg. Nr. 1; Brig.-Gr.-Bataillone Nr. 4, 5, 6, 7, 10; Landst.-Inf.-Bataillone Kaiserlautern, Wasserburg, Weilheim; 2., 7., 8. Chevaulegers-Reg.; Ref.-Kavallerie-Reg. Nr. 5; 3., 4., 5., 6., 8., 10. Feldartillerie-Reg.; Gebirgs-Kanonier-Abt. Nr. 2; Ref.-Feldart.-Reg. Nr. 1, 6; Landw.-Feldart.-Reg. Nr. 6; Landw.-Feldart.-Abt. Nr. 3; Gr.-Feldart.-Reg.; Landst.-Art.-Abt. Nr. 1; 1. und 3. Fuhrart.-Reg.; Fuhrart.-Batterie Nr. 209; Ref.-Fuhrart.-Regimenter Nr. 1, 2, 6; Landw.-Fuhrart.-Bat. Nr. 2; Fuhrart.-Bat.-Stab Nr. 211 (Bat. Doeller); Pionier-Reg.; 1., 2., 3. Pionier-Bat.; Flieger-Abt. 1, 4; Fernsprech-Abt. 2; Mittlere Minenwerfer-Abt. Nr. 104; Ref.-Pionier-Bat. Nr. 2; Mineurab. Nr. 1 (Gr.-Div.); 2. Landw.-Pionier-Komp.; 2. Armeekorps; 2. Landw.-Pionier-Komp.; 3. Armeekorps; 2. Landst.-Pionier-Komp.; 1. Armeekorps; Pionier-Verf.-Komp. Nr. 6; Armierungs-Bataillone Nr. 1, 3, 5; Militär-Eisenbahndirektion 11; Ref.-Art.-Munitionskolonnen 1; Landw.-Inf.-Munitionskolonnen 3; Ref.-Fuhrparkkolonne 4; Sanitäts-Komp. Nr. 2, 1. Armeekorps; Ref.-Sanitäts-Komp. 1; Mobiler Transport-Bug Nr. 6. Verichtigungen früherer Verlustlisten.

Die württembergische Verlustliste Nr. 282 enthält Verluste des Gren.-Reg. Nr. 119; Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 119, 120; Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 120, 121; Inf.-Reg. Nr. 124; Landst.-Inf.-Bat. Cahn; Feldart.-Reg. Nr. 13; 3. Feldpionier-Komp. Verluste durch Krankheiten. Verichtigungen früherer Verlustlisten.

## Die Gliederung der Zeichnungen auf die dritte Kriegsanleihe.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Mehr noch als die beiden ersten hat sich die dritte Kriegsanleihe zu einer wahren Volksanleihe gestaltet. Alle Schichten der Bevölkerung, Reiche und Arme, haben, jeder nach seinen Kräften, zu dem ungeheuren Erfolg der Anleihe beigetragen. Die Gesamtzeichnung von rund 12 101 Millionen Mark besteht aus 3 551 746 Einzelzeichnungen, die sich nach der Größe wie folgt gliedern (die eingeklammerten Ziffern geben die Ergebnisse der zweiten und ersten Kriegsanleihe):

		Zahl der Zeichnungen		Betrag in Millionen Mark	
von	300 M.	686 289	( 452 113 ) ( 231 112 )	107	( 71 ) ( 36 )
	200 "	812 011	( 581 470 ) ( 241 804 )	348	( 254 ) ( 111 )
	100 "	881 923	( 660 776 ) ( 458 148 )	811	( 604 ) ( 587 )
	50 "	503 578	( 418 861 ) ( 157 691 )	839	( 733 ) ( 579 )
	25 "	415 578	( 361 459 ) ( 56 438 )	1 536	( 1 354 ) ( 450 )
	10 "	145 286	( 130 908 ) ( 19 813 )	1 184	( 1 057 ) ( 807 )
	5 "	54 513	( 46 105 ) ( 11 584 )	868	( 745 ) ( 410 )
	2 1/2 "	33 392	( 26 407 ) ( 3 629 )	1 188	( 926 ) ( 815 )
	1 1/2 "	10 512	( 7 742 ) ( 2 050 )	876	( 648 ) ( 509 )
	1 "	7 274	( 4 361 ) ( 361 )	1 801	( 1 066 ) ( 287 )
über 1 000 000	849	( 588 ) ( 210 )	709	( 440 ) ( 89 )	
	845	( 825 ) ( 210 )	1 774	( 1 162 ) ( 287 )	
zusammen		3 551 746	( 2 891 060 ) ( 1 177 235 )	12 101	( 9 060 ) ( 4 460 )

Zu beachten ist dabei, daß die vorstehende Aufstellung noch nicht einmal die gesamte Zahl der Einzelzeichnungen zum Ausdruck bringt. Bekanntlich sind diesmal in weit größerem Umfang als bei den früheren Kriegsanleihen durch Schulen, Vereine, Berufsvertretungen, Arbeitgeber usw. Zeichnungen gesammelt und in einer Summe an die Zeichnungs- und Vermittlungsstellen weitergegeben worden, jedoch sie in der Aufstellung nur als eine Zeichnung erscheinen, während sie tatsächlich eine große Zahl von Einzelzeichnungen enthalten. Ueber diese Sammelzeichnungen ist eine Erhebung eingeleitet worden, deren Ergebnis später veröffentlicht werden wird.

Die Verteilung der Zeichnungen auf die Zeichnungs- und Vermittlungsstellen ist schon bekanntgegeben. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß unter den Beträgen, die den Zeichnungen bei Banken und Bankiers zugezählt worden sind, rund 235 Millionen Mark Zeichnungen bei Sparkassen enthalten sind. Die gemeldeten Ziffern ändern sich dadurch wie folgt:

Zeichnungen bei der Reichsbank		569 Millionen Mark	
den Banken und Bankiers	7 391		
den Sparkassen	2 877		
den Lebensversicherungs-Gesellschaften	417		
den Kreditgenossenschaften	680		
den Postanstalten	167		
zusammen		12 101	12 101 Millionen Mark

Die Zeichnungen der Truppen im Felde sind in obigen Zahlen nicht enthalten.

Die Einzahlungen auf die III. Kriegsanleihe erreichten bis zum 11. Oktober, also eine Woche vor dem ersten Zahlungstermin, den Betrag von 6808 Millionen Mark.

# Diphtherie-Merkblatt.

Das im Kaiserlichen Gesundheitsamt bearbeitete, im Verlag von Julius Springer in Berlin herausgegebene Diphtherie-Merkblatt (Einzelpreis 5 Pf., 100 Exemplare 3 M.) beschreibt in gemeinverständlich Weise die Krankheit, ihren Verlauf, ihre Erkennung und Behandlung und bespricht die Übertragung der Krankheit, die Absonderung der Kranken, das Verhalten des Pflegepersonals, die Beseitigung der Ausscheidung, die Behandlung von Wäsche usw., die Desinfektion der Wohnung und die Beförderung von Diphtheriekranken. Nachstehend geben wir einiges aus dem Merkblatt wieder, um weiteren Kreisen Kenntnis von dem Erkennen und von der Behandlung dieser heimtückischen, ansteckenden Krankheit zu verschaffen. Bei kaum einer zweiten Krankheit ist so wie bei der Diphtherie schnelle Hilfe und sofortige Zuziehung eines Arztes erforderlich. Im Merkblatt heißt es:

Die Diphtherie, auch böartige Rachenbräune, brandige Bräune oder Halsbräune genannt, ist vorzugsweise eine Erkrankung des Kindesalters; sie befallt jedoch auch Erwachsene. Die Diphtherie ist eine ansteckende Krankheit; sie wird durch eine bestimmte Bakterienart, den Diphtheriebazillus, hervorgerufen. Die bei Hühnern, Tauben und Kälbern beobachteten, als Diphtherie bezeichneten Erkrankungen sind von der Diphtherie des Menschen verschieden und auf Menschen nicht übertragbar.

1. Verlauf der Krankheit. Die Erkrankung an Diphtherie tritt gewöhnlich 2 bis 5 Tage nach Aufnahme des Ansteckungsstoffes auf. In der Regel beginnt die Krankheit mit Eingenommenheit des Kopfes, Hitzegefühl (Fieber) und allgemeiner Mattigkeit, häufig verbunden mit Halsschmerzen und Schlingenschwierigkeiten; die Zunge ist dick belegt. Im Halse sieht man zu dieser Zeit zuweilen nur Rötung und Schwellung der Mandeln und der Rachen Schleimhaut, häufiger aber grauweiße Flecke oder gar miltarischen Belag auf den Mandeln. Beim Betasten der Unterkiefergegend findet man die Drüsen geschwollen und schmerzhaft. Im weiteren Verlaufe der Krankheit kann der Belag mehr oder weniger rasch an Ausdehnung gewinnen und in schweren Fällen auf das Zäpfchen, den Gaumen, die Rachen Schleimhaut (Rachendiphtherie) sowie auf den Kehlkopf (Kehlkopfdiphtherie, diphtherischer Krupp) übergreifen. Meist wird der Kranke von heftigen Schmerzen im Halse gequält, die Zunge ist trocken, er klagt über großen Durst, fiebert mehr oder weniger heftig; der Atem ist überaus beschleunigt, Ekstase fehlt.

Bei günstigem Verlaufe sinkt das Fieber bald, der Belag löst sich und wird oft in hautartigen Stücken ausgestoßen. In solchen Fällen kann die Krankheit innerhalb einer Woche in Genesung übergehen. Jedoch stellen sich nach Ablauf der eigentlichen Krankheit nicht selten Folgezustände (Nierenentzündung, Herzschwäche, Verkrüppelung und Lähmung verschiedener Muskeln, namentlich derjenigen des Schlundes und gewisser Augenmuskeln) ein, von denen einige mit ernstlicher Gefahr für das Leben verbunden sind. Daher ist für den Genesenden noch mehrere Wochen lang große Schonung notwendig.

In ungünstig verlaufenden Fällen liegt häufig der Kranke mit matter Gesichtsfarbe matt und teilnahmslos, wie schwer vergiftet, da und unter allmählicher Abnahme der Veratung tritt der Tod ein. In anderen Fällen nimmt der Belag in den Luftwegen oft unerwartet rasch zu, so daß diese mehr und mehr verengt werden; es entsteht heftige Atemnot, das Gesicht erscheint stark gedunsen, die Lippen bläulich, Ein- und Ausatmung sind von einem lauten, sägenden Geräusche begleitet. Die Kranken sind vor Angst kaum im Bette zu halten. In diesen Fällen vermag meist nur noch ein schleuniger operativer ärztlicher Eingriff (Luftröhrenschnitt) die Atemnot zu lindern und das Leben zu erhalten.

Die Krankheit kann auch in dem Kehlkopf, der Nase oder an anderen als den obengenannten Stellen des Körpers zuerst auftreten. So beginnt die Diphtherie zuweilen mit heftigem, bellendem Quietschen oder sie fängt, namentlich bei Säuglingen, mit einem heftigen, von reichlichem Ausflusse aus der Nase begleiteten Schnupfen an.

Neben den schweren Erkrankungen kommen, wie bei allen übertragbaren Krankheiten, auch bei der Diphtherie solche mit leichten Erscheinungen und geringen Beschwerden vor. Derartig leicht erkrankte Personen werden um so mehr zu einer Quelle der Ansteckung, als sie häufig den Verdacht auf Diphtherie nicht erkennen und unbedeutend mit anderen Personen verkehren.

2. Erkennung und Behandlung der Krankheit. Küßt sich ein Kind nicht wohl, so verjäume man nicht, ihm in den Hals zu sehen, etwa unter Zuhilfenahme eines Spiegels, mit dessen Stiel der Zungenrücken schonend niedergedrückt ist. Sträubt sich ein Kind, den Mund zu öffnen, so führt vorübergehendes leichtes Zusammenbinden der Nasenflügel am einfachsten und schnellsten zum Ziele; die Kinder öffnen bei verbotener Nasenatmung den Mund ohne Zwang von selbst. Bei der Untersuchung hüte man sich davor, daß man von dem Kranken angepöset wird. Sieht man eine stärkere Rötung oder einen grauweißen Belag, so ziehe man u n b e r z ü g l i c h einen Arzt zu Rate. Dies tue man auch bei Verdacht auf Kehlkopf- und Rachendiphtherie.

So lange eine Diphtherie-Epidemie herrscht, empfiehlt es sich, Kindern täglich in den Hals zu sehen, selbst wenn sie keine krankhaften Erscheinungen zeigen. Auch sollte man die Kinder frühzeitig mit dem Gurgeln vertraut machen, damit sie gegebenenfalls von dem ärztlichen Personal verordneten Gurgelwasser Gebrauch machen können.

Das beste Heilverfahren bei Diphtherie ist die Einspritzung von Diphtherieheilmitteln. Je frühzeitiger es angewendet wird, um so günstiger sind die Aussichten auf Heilung. Ueber die Natur der Krankheit gibt nur eine bakteriologische Untersuchung der Beläge und des Rachen Schleims sichere Auskunft; sie sollte daher in jedem Falle veranlaßt werden. Staatliche oder städtische Anstalten, in denen eingehendes Material kostenlos untersucht wird, sind in allen größeren Verwaltungsgebieten vorhanden.

Diphtheriekranken sind möglichst bald von der Umgebung, namentlich aber von Kindern, abzusondern und am besten einem Krankenhause zu überweisen, damit die anderen Familienmitglieder nicht angesteckt werden. Die Überführung in das Krankenhaus ist auch im eigenen Interesse des Patienten wegen der nicht selten plötzlich eintretenden Lebensgefahr zu empfehlen; sie wird jedenfalls dann dringender ratsam, wenn dem Kranken ein eigenes Zimmer nicht eingeräumt werden kann oder besonderes Pflegepersonal nicht zur Verfügung steht oder eine Übertragung auf weitere Kreise zu befürchten ist, wie in Schulgebäuden, Erziehungsanstalten, Gasthäusern, Wirtschaften, Pflege-, Straf- und sonstigen Anstalten, Milch- und sonstigen Lebensmittel-Handlungen usw.

Besuche in den Familien Kranken sind zu vermeiden. Das Rufen von Kranken und Genesenden ist gefährlich und deshalb zu unterlassen. Selbst bei leichtem Krankheitsverlaufe sind die gesunden Kinder aus einem Haushalte, in dem sich ein Diphtheriekranker befindet, von jedem Schul- und Unterrichtsbesuche und vom Verkehre mit anderen Kindern auf Straßen und Plätzen fernzuhalten. Auch die erwachsenen Angehörigen des Kranken sollen den Verkehre mit fremden Kindern unterlassen. Dem Weiter der Schule

ist von dem Erkrankungsfall sofort Meldung zu machen, damit zum Schutze der übrigen Kinder rechtzeitig Vorbeugungsmahregeln getroffen werden können. Bei Kindern, welche mit Diphtheriekranken in Berührung gekommen sind, ist täglich der Hals zu untersuchen; bei verdächtigen Krankheitserscheinungen ist sofort der Arzt zu benachrichtigen.

## Aus Groß-Berlin.

### Aus dem Kapitel des Mietrechts.

Die Wohnungsfrage für Kriegerfrauen spielt im öffentlichen Leben eine ausschlaggebende Rolle. Wohnen müssen die Kriegerfamilien jetzt so gut wie in Friedenszeiten. Der Mann steht im Felde, sein Einkommen, aus dem die Miete bestritten wurde, ist fortgefallen. In den weitaus meisten Fällen sind die Frauen der im Felde Stehenden auf Unterstützungsmittel angewiesen. Einkommen aus gewinnbringender Beschäftigung deckt in den wenigsten Fällen alle Ansprüche, die an eine Frau, zumal wenn Kinder vorhanden sind, gestellt werden. Soweit Miethilfe durch die Gemeinde gewährt wird, ist sie in der Hauptsache nicht so hoch, um die gesamte Miete zu decken. Nur bei ganz kleinen Wohnungen mag die Mietunterstützung zur Miete voll ausreichen und auch nur dann, wenn keine Kinder vorhanden sind. So kommt es, daß je länger je mehr sich Mieter anhäufen, die fast ständig zu Differenzen zwischen Vermieter und Mieter Anlaß geben. Denn auch hinter den Hauswirten stehen wieder Hypothekengläubiger, die ihre Zinsen verlangen. Ein Wechsel der Wohnung der Kriegerfrau wird besonders dann schwierig, wenn Mietreste vorhanden sind. Der Hauswirt kann auf die Mietschuld nicht verzichten, die Kriegerfrau hat kein Geld, um die Mietschuld zu zahlen. Der Wirt klagt und hält sich schließlich an die pfändbaren Gegenstände. Es häufen sich auch die Fälle, daß Frauen ohne weiteres die bisherige Wohnung verlassen, um anderweitig zu mieten.

Es ist die Frage aktuell geworden, ob die von der Stadt gezahlte Mietbeihilfe dem alten oder dem neuen Hauswirt zu zahlen ist, wenn der Mietvertrag nicht ordnungsgemäß gelöst ist. Unserer Meinung nach ist die Antwort sehr einfach. Die Miethilfe der Stadt wird gegeben, um die Wohnungsmöglichkeit der Kriegerfrau zu erleichtern. Sie kann also nur gegeben werden an den Hauswirt, der Kriegerfrauen Wohnung gibt, nicht aber dem, der sie gegeben hat. Die Auseinandersetzung zwischen früherem Hauswirt und seiner Mieterin ist eine Sache für sich. Es ist kein Zweifel, daß bei der jetzigen Situation beide Teile leiden.

Es kommen auch andere Fälle vor, die dem Hausbesitzer Kopfschmerzen bereiten. Ein solcher Fall wird im Briefkasten des „Grundbesitzer“ wie folgt behandelt:

Frage: Die Ehefrau des zu einer immobilien Gruppe eingezogenen Ehemannes mietete am 5. Februar v. J. April d. J. in meinem Hause eine Wohnung und zahlte gleichzeitig an den ersten Mietrate 4 M. an. Sie hat auch neben dem im Mietvertrag üblichen Paragrafen auf meine an sie gerichtete Frage noch mündlich versichert, daß die einbringenden Möbel ihr Eigentum seien und daß sie von ihrem Ehemann die Genehmigung hat, für sich und ihre Familie Wohnung zu mieten. Die Mieterin hat aber die Wohnung ohne Angabe eines Grundes am 1. April nicht bezogen und eine andere Wohnung im Vorort gemietet und auch bezogen. Infolgedessen habe ich gegen die Mieterin auf Zahlung der Aprilmiete und in einem zweiten Prozeß auf Zahlung der Mai- und Juni- und in einem dritten Prozeß auf Zahlung der Juli- und Augustmiete geklagt. Auf Grund der inzwischen rechtskräftig gewordenen Urteile habe ich in der jetzigen Wohnung der Ehefrau (Mieterin) pfänden lassen. Jetzt richtet der in Königsberg bei einer Armierungstruppe eingezogene Ehemann unter Verweisung einer eidesstattlichen Versicherung seiner Ehefrau und eines nahen Verwandten die Aufforderung an mich, die Möbel, die nicht seiner Frau, sondern ihm gehören, freizugeben. Inzwischen hat der Ehemann einen Einstellungsbescheid erwirkt und durch seinen Anwalt Interventionellage gegen mich auf Freigabe der Pfandstücke erhoben. Soll ich mich nun auf den Interventionsprozeß einlassen oder freigeben? Ist der von der Ehefrau geschlossene Mietvertrag rechtsgültig und für den Ehemann rechtsverbindlich? Muß der Ehemann den, mit der Ehefrau in Ausübung ihrer Schlüsselgewalt abgeschlossenen Mietvertrag nachträglich anerkennen, auch wenn die Ehefrau die gemietete Wohnung grundlos nicht bezogen hat? Was kann ich mit dem esktrittenen rechtskräftigen Urteile gegen die Ehefrau anfangen? Kann ich nachträglich gegen den Ehemann, welcher zur Erhaltung der Frau und Familie — wozu doch sicherlich auch eine Wohnung gehört — verpflichtet ist, Klage auf Mietzahlung mit Erfolg erhoben werden, oder kann ich in dem Interventionsprozeß Widerklage erhoben werden, daß der Ehemann den Mietvertrag seiner Frau anerkennen muß? Kann ich mich eventuell auf die erweiterte Schlüsselgewalt der Ehefrau in Kriegszeiten stützen, zumal der Ehemann durch Mietung der notwendigen Wohnung seitens der Ehefrau nicht unbillig ausgenutzt worden und in keine schwierige Vermögenslage geraten ist.

Der Syndikus gibt darauf folgende Antwort: Bei der Verantwortung Ihrer Frage kommt es in der Hauptsache darauf an, ob die Ehefrau wirklich Vollmacht von ihrem Ehemann gehabt hat oder nicht. Hatte sie Vollmacht, dann hat sie den Ehemann auch mit verpflichtet und der Ehemann kann zur Duldung der Zwangsvollstreckung sogar in das eingebrachte Vermögen seiner Frau und in sein eigenes verurteilt werden. Selbstverständlich kann er in diesem Fall nicht als Interventient für seine Möbel auftreten. Hatte die Ehefrau jedoch keine Vollmacht ihres Ehemannes zur Abschließung eines Mietvertrages, so können Sie sich auch nur an die Frau halten und der Mann ist berechtigt, der Zwangsvollstreckung in seine Gegenstände zu widersprechen. Ihre Annahme, daß die Frau im Rahmen der Schlüsselgewalt gehandelt haben konnte, als sie den Mietvertrag abschloß, kann ich nicht bestätigen, da das Abschließen eines Mietvertrages nicht zu dem häuslichen Wirkungskreise der Frau gehörig angesehen werden kann.

Man erfieht aus diesen Darlegungen, wie verzwickelt das Mietrecht ist und welche Fragen sie selbst dem Juristen stellt. Ob der pfändende Hauswirt einen wirklichen Schaden durch Nichtbezug der gemieteten Wohnung gehabt hat, und ob die Vornahme der Pfändung unbedingt notwendig war, können wir nicht nachprüfen.

In sehr vielen Fällen weigern sich Hauswirte, an Kriegerfrauen zu vermieten, anstatt gegen Kriegerfrauen zu klagen, weil sie die Wohnung nicht beziehen.

### Fleischerfah.

Neuerdings wird ein Präparat unter dem Namen „Fleischerfah“ in den Handel gebracht, über welches das Reichsamt des Innern jetzt an die Bundesregierungen und Landratsämter folgende Verfügung erlassen hat:

„Aus einer Eingabe der Fleischerfah-Zentrale in Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 74, haben wir ersehen, daß sich diese Firma zwecks Verwertung ihres Verfahrens zur Herstellung eines sogenannten Sparfleiches (Fleischerfahes) an die Regierungen und Landratsämter gewandt hat.“

Nach den Ermittlungen handelt es sich um ein Unternehmen des Wäckermeisters Friedrich Richter in Charlottenburg, dessen Verfahren im wesentlichen darin besteht, Blut von Schlachtieren unter

Zufug von Wasserstoffsuperoxyd zu erhitzen, um es zu entfärben (bleichen) und zu einer festen Masse gerinnen zu lassen, die als Ersatz für Fleisch bei der Herstellung von Würstwaren, Hackbraten, Fleischklößen und dergleichen Verwendung finden soll.

Die ganze Art der Bekannde erweckt den Eindruck, daß Richter unter dem Deckmantel der Fürsorge für die ärmere Bevölkerung zur Vinderung der Fleischnot sein Verfahren geschäftlich ausbeuten möchte.

Da sich das Blut der Schlachtieren nach den bewährten herkömmlichen Verfahrenarten erheblich billiger und einfacher der menschlichen Ernährung zugänglich machen läßt, liegt für das Richterfah Verfahren kein Bedürfnis vor. Es ist sogar zu bezweifeln, daß es zum Verschärfen der in Betracht kommenden Nahrungsmittel Anlaß bietet. Jedenfalls ist von einer amtlichen Förderung der Bestrebungen der Fleischerfah-Zentrale abzusehen.“

Der Landrat in Liegnitz schließt an die Bekanntmachung des ministeriellen Erlasses die folgende Verfügung:

„Die Polizeiverwaltung zu Parohitz sowie die Herren Amtsvorsteher des Kreises ersuche ich, daß Fleischerfah, die das Richterfah Verfahren erwerben und anwenden, ihre in Betracht kommenden Erzeugnisse im Sinne von § 10 des Gesetzes, betr. den Verkehr mit Nahrungsmitteln und Gebrauchsgegenständen, vom 14. Mai 1879 (R. G. Bl. S. 145) einwandfrei kennzeichnen, damit die Bevölkerung nicht dadurch durch Täuschung überfordert wird.“

Die Verfügung des Reichsamts des Innern ist aber durchaus unzureichend. Die Besorgung allein, daß das Fleischerfahmittel zur Verschärfen der Nahrungsmittel dienen könnte, hilft uns nicht über die Tatsache hinweg, daß dieses bereits geschieht und weiter geschieht wird, wenn nicht ein Erlaß veröffentlicht wird, daß der „Fleischerfah“ gewerblich nicht in den Handel gebracht und verarbeitet werden darf, wenn das hergestellte Produkt keine genügende Deklaration aufweist. Der Landrat von Liegnitz trifft in seiner Bekanntmachung vollkommen das Richtige. Notwendig ist aber, daß die Deklaration von Reichs wegen vorgeschrieben und die nähere Zeichnung der Deklaration bestimmt wird. Es gilt die Konsumenten vor großer Ueberspannung zu schützen. Auf die Produzenten wird die Warnung allein nicht viel Eindruck machen, bei diesen ist beiläufig der Profit der ausschlaggebende Zell.

### Städtisches Hammelfleisch.

In den städtischen Fleischständen der Markthallen wird je nach den Vorräten frisches Hammelfleisch zum Verkauf gelangen.

Die Preise sind vom Magistrat wie folgt festgesetzt: Keulen mit Bein, Rücken und dicke Rippe 1,90, Dämmung 1,20 per Fund.

Für den Hammelfleischverkauf gelten dieselben Anordnungen, welche für den Gefrierfleischverkauf getroffen sind. Insbesondere findet die Abgabe nur gegen Vorlegung der Ausweiskarte statt.

### Die ärztliche Behandlung von Kriegerfamilien.

Im Hinblick auf die Beschlußfassung eines Ausschusses der Stadtverordnetenversammlung über die ärztliche Behandlung von Kriegerfamilien durch die Armenärzte, hat im Namen der Ärzteschaft der Kriegerausschuß von Groß-Berlin Einspruch dagegen erhoben

1. daß die Behandlung von erkrankten Familienmitgliedern ausschließlich Armenärzten übertragen wird,

2. daß, wie bisher, die Hilfe unentgeltlich zu erfolgen hat

Nicht nur im Interesse der Ärzteschaft, sondern ganz besonders in dem der Familien der Kriegsteilnehmer, fordert der Kriegerausschuß:

1. daß über die zu zahlende Vergütung eine Vereinbarung mit der Vertretung der gesamten Ärzteschaft Berlins erfolgt;

2. daß die Behandlung der Familien sämtlicher Berliner Krieger, die sich mit den zu vereinbarenden Bedingungen einverstanden erklären, übertragen wird.

Diese Regelung ist in den Vororten Berlins, Charlottenburg, Neukölln, Pankow, Schöneberg, zur allgemeinen Zufriedenheit bereits durchgeführt worden. Was diesen „Vororten“ möglich ist, wird gewiß der königlichen Haupt- und Residenzstadt Berlin nicht unmöglich sein. Den Angehörigen der Kriegsteilnehmer den Stempel der Ortsarmen aufzudrücken und ihnen den Arzt ihres jahrelangen Vertrauens zu nehmen, wird als unangemessen verworfen. Für die Unzufriedenheit, die bereits jetzt in diesen Kreisen besteht, liegen keine Gründe vor.

Die Stadtverordnetenversammlung, die sich am heutigen Donnerstag mit der Angelegenheit zu befassen hat, wird die Sache zur nochmaligen Beratung an den eingesetzten Ausschuß zurückgeben, um die Einwände der Ärzteschaft zu prüfen.

Ein Schwindler, der es um arme Leute abgesehen hat, treibt seit einiger Zeit sein Unwesen. Er tritt als Diener wohlhabender Leute auf, kommt zu Handwerker und bestellt sie angeblich im Auftrage seines Dienstherrn zur Ausführung dieser oder jener Arbeiten nach dem Hause seines Auftraggebers. An anderer Stelle erschien der Gauner mit der Frage, ob jemand, den er mit Namen nennt und der auch auf dem Grundstück wohnt, nicht zu Hause sei, weil auf dem Grundstück nicht geantwortet werde. Er bietet dann, ihm einen Brief mit 100 M., die der Betreffende als Unterstüzung von seiner Dienstherrin bekommen solle, zu übergeben. Als Unterpfand, daß der Brief auch wirklich besorgt werde, läßt er sich dann von den Leuten, die selbst nichts übrig haben, zwei Mark oder noch mehr geben. Der Brief enthält immer nur Papierkloppele oder anderes wertloses Zeug. Der Kniff ist dem Gauner schon in mehr als dreißig Fällen gelungen.

Kleine Nachrichten. Eine Halskammer, die falsche Fälschungsfähigkeit im Umlauf brachte, ist von der Reichspolizei dingfest gemacht worden. Es handelt sich um die 21jährige Stückerin Wanda Mayer, die in der Wertheimdorferstraße in Neukölln eine gut eingerichtete Halskammerwerkstatt betrieb. Diese verbrecherische Kunst will sie von ihrem jetzt in Rußland gefangenen Bruder Roman Mayer gelernt haben. — Mit Reuchthaus verhaftet hat sich die 33 Jahre alte Witwe Elise Eise aus der Kopenhagener Straße 10. Was die Frau zu dem Selbstmord getrieben hat, ist noch nicht bekannt.

## Aus den Gemeinden.

### Städtischer Lebensmittelverkauf in Neukölln.

In den städtischen Verkaufsstellen: Richardstr. 61, Steinwegstr. 12, Weierstr. 203, Hermannstr. 22, Barthestr. 8, werden von jetzt an nachstehende Lebensmittel verkauft:

Fleischkonserven: Rindfleisch Wäpse 1,90 M., Wäpsefleisch Wäpse 1,40 M., Schweinefleisch Wäpse 1,45 M. Gemüse: Weißkohl Pfund 7 Pf., Wirtskohl Pfund 10 Pf., Kohlräben Pfund 6 Pf., frische Eier Stück 17 Pf. Eier werden pro Tag und Familie höchstens 15 Stück ausgegeben.

Islander Fettzeringe werden zum Preise von 12 Pf. pro Stück nur noch so lange ausgegeben, als der Vorrat reicht. Der Verkauf von Zerlingen aus der neuen Ernte wird voraussichtlich Anfang nächster Woche stattfinden können. Die Preise für diese Zerlinge stehen noch nicht fest.

Die Verkaufsstellen sind geöffnet von 8—12 Uhr und von 3—8 Uhr.

Tätigkeit des Neuköllner Mieteinigungsamts.

Nach der vom städtischen Mieteinigungsamt Neukölln aufgestellten Uebersicht über die Geschäftstätigkeit vom 1. Januar bis 30. September 1915 wurden in diesem Zeitraum 3078 neue Anträge auf Mieteinigung gestellt und zwar 1120 schriftlich und 1958 mündlich.

Zu dem gleichen Zeitraum sind an 120 Sitzungstagen insgesamt mit Einschluß der Vertagungen — 8382 Einigungsverhandlungen abgehalten worden, durchschnittlich also 70 in jeder Sitzung.

Von dem städtischen Amtsgericht Neukölln wurde außerdem in 139 Mietstreitigkeiten ein Gutachten des Mieteinigungsamtes über die Gewährung einer Zahlungsfrist und die Befestigung der Verzugsfolgen eingeholt.

Wie vermessen in dem Bericht eine Angabe über die Höhe der Mietforderungen, die den Klagen zugrunde lagen, und der Höhe des bewilligten Mietnachlasses. Das ist schon deshalb notwendig, weil von Neukölln im Gegenlag zu anderen Gemeinden ein bestimmter prozentualer Mietnachlass nicht gefordert wird.

Aus der Frauenbewegung.

Die New Yorker Polizisten für das Frauenstimmrecht.

Im allgemeinen wird man die Polizisten kaum zu den fortschrittlichsten Menschen rechnen. Aber die Polizisten der Weltstadt New York, die hohen wie die niedrigen Beamten, scheinen eine Ausnahme zu machen.

Nachdem sich vor einer Woche der Unterstützungsberein der Polizeibeamten dieser Stadt für das Frauenstimmrecht ausgesprochen, haben sich nunmehr auch die Mannschaften dafür erklärt. Ihr Verband, der Unterstützungsberein der Polizisten, der 9000 Mitglieder zählt, hat einstimmig folgende bemerkenswerte Resolution gefaßt:

„Da das Frauenstimmrecht keine Parteifrage, sondern eine Frage der Gerechtigkeit und der Demokratie ist, die die Männer des Staates New York bei der am 2. November stattfindenden Wahl zu entscheiden haben.

Und da die Frauen von New York ebenso intelligent, patriotisch und gefeucht sind wie die vier Millionen Frauen, die heute in zwölf Staaten der Union mit gleichem Stimmrecht, die beinahe die Hälfte des Gebietes der ganzen Vereinigten Staaten umfassen, wählen.

Und da wir aus unserer Praxis als Polizeibeamte wissen, daß die Frauen im Vergleich mit den Männern selten das Gesetz mißachten oder verwerflich sind und weniger als 6 Proz. der Verbrecher umfassen, die im ganzen Lande auf öffentliche Kosten in Gefängnissen eingesperrt werden müssen.

Und da wir glauben, daß unsere Interessen als öffentliche Angestellte direkt beschützt werden durch die Stimmen der Frauen unserer Familien, die bei allen Fragen, die unser Wohlergehen im öffentlichen Dienste betreffen, mit uns sind, beschließen wir daher:

Der Unterstützungsberein der Polizeibeamten der Stadt New York unterstützt die Bestrebungen der Frauen nach politischer Gleichheit und fordert seine Mitglieder auf, am 2. November 1915 für das Frauenstimmrechtsamendement zu stimmen.“

Wie die Frauen versichern, werden sie in ihren Straßenverfammlungen, die jetzt überall in New York abgehalten werden, von den Polizisten aufs beste unterstützt. Die Polizeibeamten der alten Welt könnten in dieser Sache von ihren New Yorker Kollegen manches lernen.

Aus aller Welt.

Ein Kriegsabenteuer im afrikanischen Busch.

Der „Berl. Volksztg.“ entnehmen wir nachstehende interessante Schilderung:

Amerikanische Zeitungen enthalten die Wiedergabe eines Briefes, der in London aus Afrika eingetroffen ist, in dem eine eigenartige Episode des dortigen Krieges mitgeteilt wird. Leutnant G. D. Curt vom Middlesex-Regiment schreibt darüber folgendes:

„Der dicke Busch in Afrika ist für den Kampf außerordentlich ungeeignet, und die Kämpfe darin sind geradezu schrecklich. Man

ist infolge des schwierigen Terrains gezwungen, einzeln vorzugehen, und wir kommen höchstens eine Meile (englische Meile) in der Stunde vorwärts. In einem derartigen Kampf hatten wir ein eigenartiges Zusammentreffen mit Rhinocerossen, die uns plötzlich attackierten. Wir waren gerade über einen verdorrten Fluß gegangen und erlitten einen Sturz, alle infolge der großen Anstrengungen mehr schläfrig als wach, als ich plötzlich ein furchtbares Geräusch hörte und ein gräßliches Durchdringen durch meine Rechte wahrnahm. Der Himmel war bewölkt und im Busch war es dunkel, so daß ich kaum unterscheiden konnte, was denn eigentlich vorging, bis ich die Gestalt eines riesigen Rhinoceross wahrnahm, das unter meinen Beinen herumirrawelte. Bei der Attacke hatte das Rhinoceros die Träger des Maschinengewehrs über den Haufen gerannt, worauf alle anderen Träger voller Schreck ihre Waffen hinwarfen und in den Urwald entflohen. Es war eine schöne Pflanzung, und die Munitionsschachteln flogen nach allen Richtungen durch die Luft. Wir gingen gerade an, die Lasten und das Gepäck wieder zu sammeln und uns zusammenzufinden und zum Marsche neu zu formieren, als wir wieder ein schreckliches Brüllen hörten und die Wäpche in unserer Nähe trachten. Sofort warfen die Träger das Gepäck hin und suchten Deckung, aber das wilde Vieh kostete direkt über sie weg. Wiederum entstand ein grenzenloser Wirrwarr, und die Reuformierung nahm nunmehr sichtlich Zeit in Anspruch, denn die Reifträger waren auf Rimmerwidersehen entflohen. Als endlich die Kolonne fertig stand, raste ein drittes Rhinoceros direkt durch unsere Mitte. Ich selbst war mit einem Sergeanten in ein Dickicht geschleudert worden, während die Avantgarde den Versuch gemacht hatte, auf Bäume zu klettern und andere sich flach auf die Erde gelegt hatten. Die Reiter mochten voller Schrecken förmliches Weitschreien auf die Bäume. Helme und Ausrüstungsgegenstände flogen nach allen Richtungen umher, und es war ein gräßliches Chaos. Unser Sammeln dauerte nunmehr längere Zeit, und es war sehr schwierig, die Leute, von denen einzelne verwundet waren, wieder zusammen zu bringen. Die Träger aber waren spurlos verschwunden.“

Ein weiblicher Briefträger verurteilt. Wie dem „Berl. Tageblatt“ aus Halle geschrieben wird, hatte sich vor der dortigen Strafkammer die Briefträgerin Anna Dippe aus Quedlinburg wegen Verurteilung und Unterschlagung von Postgegenständen verantworten. Psychologisch interessant sind die Gründe, die die Angeklagte für ihr Vergehen anführte. Die Postbriefe hat sie geöffnet, um Mißereine herauszunehmen; ein Paket hat sie zurückgehalten, weil daraus eine gestickte Decke mit einem sehr hübschen Muster hervorgeht; andere Briefe hat sie erbrochen aus Neugier, da sie wissen wollte, mit wem die ihr bekannten Adressatinnen korrespondieren; fünf Briefe, die man unter einer Promenadenbank gefunden und die zur Entdeckung der Straftaten geführt hatten, will sie verloren haben, als sie sich bei einem Dienstritt in der Dämmerung mit einem Soldaten dort zum Verweilen niederlegte. Das Gericht sah das Treiben der Angeklagten für gemeingefährlich an und erkannte auf sechs Monate Gefängnis.

Schlagwetterexplosion auf Rehe Konforbia. Auf der Rehe Konforbia in Oberhessen (Rheinland) entstand eine Schlagwetterexplosion. Es fanden dabei zwei Mann den Tod, zwei wurden schwer verletzt. Die Explosion entstand beim Abbau von Sprengschiffen.

Ein Nevalverantentat. In Kassel verlebte am Dienstagabend ein unbekannter Mann in einer Stobierhalle die dort beschäftigte Wäpche. Der Täter ist entkommen.

Wetterkatastrophe in Tripolis. Schweizer Blätter melden aus Mailand: Ein furchtbarer Vulkanausbruch suchte in der Nacht auf den 1. Oktober die Stadt Tripolis heim und richtete außerordentlich schweren Schaden an. Die meisten Fensterscheiben der Stadt wurden zertrümmert, ganze Dächer weggefegt. Die Radiotelegraphische Station ist zerstört.

Neues Erdbeben in Italien. Aus Lugano wird gemeldet: „Secolo“ berichtet aus Reggio Emilia, daß am Sonntag nach Mitternacht dort ein heftiges, zwölf Sekunden andauerndes, hilfendes und wellenförmiges Erdbeben stattfand. Ein großer Teil der Bevölkerung wurde von einer Panik erfaßt und eilte auf die Straßen. In den Straßen fielen einige Kamine herab, Gebäude bekamen Sprünge und Risse ein.

Arbeiterwanderer. Die Abteilung Südosten des Deutschen Arbeiterbundes „Die Naturfreunde“ veranstaltet am Freitag, den 15. Oktober, einen Bildwettbewerb. Thema: „Arbeiterbilder aus der Welt“. Vortragender: Genosse Kramer. Garbrobe 15 Pf. Gäfte willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Dienstag, 3. IV. 1915, von 10 bis 12 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Beitrag ist ein Zuschuss und eine Zahl als Bestätigung beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsunterstützung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftstücke und Beilagen bringt man in die Sprechstunde mit.

Fräulein G. S. 107. 1.—5. Im österreichischen Konsulat können Sie für Anträge vorlesen und erhalten in allen Punkten maßgebenden Bescheid. — C. S. 612. Dänisches Rotes Kreuz in Kopenhagen. — S. 250. Engel, Deutsche Sittlichk., Pind., Sprachbau 1,25, Quon, Deutsche Grammatik 0,90. Zu haben in unserer Buchhandlung, Lindenstraße 2. — G. 100. und G. 2. 20. Von solch einer Prämie ist uns nichts bekannt. — H. G. 31. Kaputtin, Kroschuliner oder auch Kallol, A. C. 100. Wenden Sie sich an die Stützungsdeputation des Magistrats, Poststraße 16. — G. S. 999. Wenden Sie sich an den Vorstand der Schneider- und Schneiderrinnen, Sebaldstraße 37—38. — J. G. 62. Rein. — W. G. 88. Rein. — Vorwärts 77. Berliner Wohnungszeitung in der Charlottenstraße 28. — W. J. 61. 1. Für den durch den Unfall verursachten Schaden haftet natürlich der Erwerbshälftigkeit, da diese schon vor dem Unfall gemindert war. Nach Stellung des Antrages auf Rente erhalten Sie einen Rentenbescheid. Es würde sich empfehlen, mit dem Bescheid zu und zu kommen. 2. Rein. — H. 2. 25. Sie müssen Ihren Wohnungsverwechsel dem Bezugskommando unter Angabe Ihrer genauen Personalnummer mitteilen. — J. S. 29. 1. und 2. Das müssen wir nicht, die Beile werden erst nachher festgelegt. 3. Rein, es wird auch dann Entschädigung gezahlt. — T. S. 30. Dafür ist keine bestimmte Grenze festgelegt. — S. 2. 50. Ja. — Briefsch. Wenn Sie die Einspruchfrist von vier Wochen nach Zustellung der Steuerveranlagung nicht verstreut haben, müssen Sie noch einen Bescheid erholen. Erinnern Sie beim Vorhanden der Steuerveranlagungskommission an die Erteilung des Bescheides. — Traube 21. 1. 36 Pf. pro Woche. 2. Ja, Mitteilung ist an das Versicherungsamt Berlin, Klosterstr. 67/68, zu machen. 3. Als gewerblicher Arbeiter kommt eine 14 tägige Rindigungsfrist in Betracht; als Handlungsgehilfe eine 6wöchige vor Quarantänedauer. — C. S. 107. Eine Reklamation hat wenig Aussicht auf Erfolg. — W. S. 80. 1. Sie sind in diesem Fall zur Rindigung des Vertrages im Namen Ihres Mannes berechtigt. 2. Die Rindigung kann nach vorausgegangener Klage und Verurteilung stattfinden. — H. S. 35. 1. Grundsätzlich Sie sich auf der Rasse oder setzen Sie in dem Rentenstatut nach 2 Wegen Unterstuf der Widmerin wenden Sie sich an das Zentralbüro, Auguststr. 21. — R. 706. Das ist der weitere Begriff, er schließt in sich Selbstmordmord. — Tombe 21. Sie müssen durch den Vorwurf die Alimentation betreiben lassen. Wenn nachweisbar Vermögen vorhanden ist, kann dieses für den Unterhalt des Kindes in Anspruch genommen werden. Der Vater ist verpflichtet, nach den gerichtlichen Abmachungen zu zahlen. — G. 30. 1. Unterstuf zu einem Testament erhalten Sie bei uns in der Sprechstunde. 2. Sie müssen den Gegenstand anmelden. — G. S. 45. Die Rente können Sie nicht einbehalten; Sie müssen auf ordnungsmäßige Verteilung der Rente oder auf Ablösung des Vertrages klagen. — G. S. 100. Da die Rente höher ist als die Gradenlösung, so haben Sie keinen Anspruch auf Gradenlösung. — W. 112. 1. Die Eltern können Antrag auf Unterstufung auf der Steuerfasse stellen. 2. Das hat keinen Einfluß auf die Rente. 3. Die beiden anderen Brüder könnten dazu verpflichtet werden. — J. S. 17. 1. Nach dem 16. Oktober sind Sie verpflichtet, den höheren Bescheid anzunehmen; Unterstuf ohne Entschädigung findet nicht statt. 2. Das müssen wir nicht; das entscheidet der Militärarzt. — J. 86. Er können das erhöhte Besoldungsgeld noch nachverlangen. — 29. Chronisch. Allgemein ja, das entscheidet aber der Militärarzt. — H. S. 200. Es gelten als Handharrmann. — Verta. Klustant erhalten Sie im Kriegsministerium, Dorotheenstraße 45. Sie müssen die Einwilligung des Kommandeurs vom Gefangenlager einholen. — S. S. 100. Sie können den Rest bis zum 16. d. M. freiwillig ableisten, nachher müssen Sie ihn anmelden und kann er dann entliehen werden. — G. S. 333. 1. Das Kind ist nur an dem Nachlass der Mutter erbberechtigt. 2. u. 3. Rein. — R. G. 100. Der Jugendweberunterricht gilt jetzt auch als Schulunterricht. Der Sohn kann verpflichtet werden, daran teilzunehmen. — G. S. 113. Auf dem Polizeirevier in Charlottenburg. — H. S. 41. Der Vater hat dadurch keinerlei Recht verloren; er kann bei Wiedereintritt der Invalidität erneut Antrag auf Rente stellen. — G. S. 4. Wahrscheinlich haben Sie sich verfehlt, die Genehmigung soll gewis „ohne Baillen“ heißen. — G. 36. Wenn es sich um große und lebensgefährliche Operationen handelt, kann der Verweigerer nicht dazu gezwungen werden. Kleineren Operationen und solchen, durch die nach ärztlichem Gutachten die Dienstfähigkeit wieder hergestellt wird, muß der Soldat sich unterziehen. — C. S. Rein. — T. S. 100. Ja. — G. 43. Rein. — H. S. 11. Kriegsverweigerungsfrist ist der weitere Begriff; selbstständig delat bestimmt die Verwendbarkeit des Betreffenden. — Absolut 1885. Ein absoluter Anspruch auf Unterstufung besteht nicht. Die Unterstufung wird in diesem Falle verweigert, weil die nach dem Gesetz vorgeschriebene Bedienstung verneint wird. — W. S. 1915. Zu was Sie verwendet werden können, bestimmt die Militärbehörde; natürlich können Sie auch in Ihrem Beruf beschäftigt werden. — W. S. 30. Sie können als Umlernungsarbeiter eingesetzt werden oder in den Betriebswerkstätten Verwendung finden. — S. S. 100. 1. Geburtsurkunden und Militärpapiere. Wenn Sie alt sind dienen, müssen Sie auch eine Debitverlaubnis des Regimentskommandeurs beibringen, eventuell eine Ration von 150 M. stellen. 2. Eine Rente wird angelehrt, die aber kurz bemessen werden kann. 3. Wenn der Chemiker nicht aktiv dient, erhält die Frau Unterstufung.

Todes-Anzeigen. In der Nacht vom 11. zum 12. Oktober heute vor einem Jahre ist unser innigstgeliebter Sohn und Bruder, der Gesellte der Arbeiter Bruno Manhold, im tiefsten Schmerz und Ottern und Geschwieber. Familie Manhold. Am 14. Oktober zum ersten Male ist der Tag, daß Du in Feindes Erde liegt begraben. Da und die schmerzliche Gewöhnheit kam: Wie dürfen Dich nicht mehr in unserer Mitte haben. Mit Dir ging unser Stolz und Glück dahin, Das Beste, was wir alle einst begehrt. Du fehlst als Held im Kampf für Deutschlands Recht. Non uns beweint und tief beklagt, daß unversiehl!

Am 2. Oktober wurde meine 63 Jahre alt gewordene Frau Auguste Störmer von ihren mehrjährigen unlaghar grausamen Nervenleiden durch den Taglich von ihr erlebten Tod endlich befreit. Der Sektionsbefund lautet: Gehirnhirnhautentzündung mit Gehirnhäute 2921b. Die vielen, die ihr soziale Leben gekannt, namentlich aber die ihre Vorträge gehört und ihre praktischen Ratshläge bezüglich der Kinderpflege und der Krankenpflege befolgt haben, werden sich ihrer noch oft erinnern, jedoch ihre unerlöschliche Liebe und Sorge wird am meisten vermissen ihr nun alleinlebender Gatte. Es gibt ein Weib, das seinen Trost erduldet, und einen Schmerz, den fast nur heißt die Zeit. Den nächsten Bekannten, die durch ihre opferreiche Liebestätigkeit und ihren so getreulich beigestandenen, sowie den Krankenpflegern der Inneren Frauenabteilung II des Wittenberger Krankenhauses für ihre liebevolle Pflege meiner schwerkranken Frau lagt innigsten Dank Der Gatte Albert Störmer.

Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis. Stralauer Viertel. Box. 299. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Kandidat Richard Wolf Hochowstr. 13 gestorben ist. Obre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, den 15. Oktober, vormittags 11 1/2 Uhr, von der Halle des Hoftheaters in Köpenick, 1000, statt.

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter, Filiale Groß-Berlin. Nachruf. Den Mitgliedern geben wir hiermit Nachricht vom Tode des Kollegen August Wagner Pensionär von der städt. Parkverwaltung. Obre seinem Andenken! 35/18 Die Ortsverwaltung.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 17. September 1915 mein innigstgeliebter Mann und treuer Väterlicher Vater mein zwei Kinder, der Landwirtschaff Hermann Neuendorf im 44. Lebensjahre heute nach 16jähriger glücklicher Ehe. Um tiefsten Schmerz Frau Luise Neuendorf und Kinder Erna und Else. Mein zu sein — drei Worte, leicht zu sagen, und doch so schwer, so endlos schwer zu tragen. Geliebter Mann und herzenguter Vater schloß in Ruh', unsere Liebe deckt Dich zu.

Können Sie die Wohltat einer Leibbinde? Sämtliche Systeme am Lager resp. nach Maßanfertigung sowie Bruchbandagen aller Art. Artikel 2. Gesundh.- u. Krankenpflege Pollmann, Bandagist Berlin N., Lothringar Str. 60. Lieferant für Krankenkassen.

Westmann's Trauermagazin Größte Auswahl. Billigste Preise. I. Mohrenstraße 37a (Kolonnaden) II. Or. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.) Auswahlsendungen sofort. Amt Zentrum 7900. Sonntag 12—2 Uhr geöffnet.

Dankagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie für die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters und Schwiegervaters Wilhelm Baudach sagen wir hiermit allen Verwandten, Freunden, Bekannten, dem Betriebsleiter Herrn Wendt, sowie den Mitarbeitern der Maschinenfabrik Dierichsenwelle (Abteilung Blecherei), dem Deutschen Metallarbeiterverband (Berlin), dem Bergarbeiterverein „Fichte-Georgina“, dem sozialdemokratischen Wahlverein Köpenick, den Mitgliedern der Baugenossenschaft „Paradies“, insbesondere Herrn Dörner für seine kraftreichen Worte am Sarge des Dahingefahrenen unsern innigsten Dank. Wwe. Pauline Baudach nebst Kindern.

Nervöse Störungen u. Erregungszustände, Schlaflosigkeit, nervöse Verdauungsstörungen — Kolchols „Baldramin“ (reiner Pflanzenauszug), ein ungemein beruhigendes, heilamittelfreies Spezifikum, d. natürl. Weibst. d. Nerven. Flasche 2 Mark. Wo in Apothek. u. Drogn. nicht erhältlich, franco geg. 2.50. Otto Reichel, Berlin 45, Eisenbahnstr. 4.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter. R. a. G. Hamburg. Mitglieder-Verfammlungen der Filialen. Filiale: finden statt: Berlin 1: Sonnabend, den 16. Oktober, abends 8 Uhr, in Fabrik Brauerei, Bergmannstr. 5—7. Berlin 2: Montag, den 18. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Schulz, Adalbertstr. 4. Berlin 3: Sonnabend, den 16. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Kayser, Reichensberger Str. 154. Berlin 4: Sonnabend, den 16. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Wittenberg, Androssstr. 28. Berlin 5: Sonnabend, den 16. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Thiel, Riederstr. 7. Berlin 6: Sonntag, den 17. Oktober, vormittags 10 Uhr, bei Meyer, Riederstr. 123. Berlin 11: Sonnabend, den 16. Oktober, abends 8 Uhr, bei G. Meyer, Köpenicker Str. 7. Berlin 13: Sonntag, den 17. Oktober, vormittags 10 Uhr, bei Meise, Köpenicker Str. 67. Charlottenburg: Sonnabend, den 16. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Köpenickerstr. 3. Lichtenberg I: Sonnabend, den 16. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei N. Blum, Frankfurter Allee 227. Lichtenberg II: Sonntag, den 17. Oktober, vormittags 10 Uhr, bei Blume, All-Bogdannen 56. Neukölln: Sonnabend, den 16. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Tappert, Steinmetzstr. 114. Pankow: Sonnabend, den 16. Oktober, abends 9 Uhr, bei Schröder, Plötzstr. 5—8. Schöneberg: Sonnabend, den 23. Oktober, abends 9 Uhr, in der Schloßbrauerei Schöneberg, Hauptstr. 129/130. Steglitz: Sonnabend, den 23. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Clement, Doppelstr. 7. Tempelhof: Sonnabend, den 16. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Neuschick in Mariendorf, Hauptstr. 27. Wildau: Sonntag, den 17. Oktober, vormittags 10 Uhr, bei Kobanek, Wildauer Hof. In allen Verfammlungen: Rassenbericht vom 3. Quartal 1915. 120/15. Keine Petroleum-Not! Unabwahr helles Licht durch unsere vorzügl. Carbit-Tischlampen. Viel besser und billiger als Petroleum. (Benzinlos) 6 Stunden nur 1 1/2 Pf. (1/2 Pf.) Verbrauch. Lampe nur 4.50 M., fein veredelt nur 7.50 M. Nachr. Danf. Verlang d. Kaufnahme von Kogge & Bähr, Berlin, Rauerstr. 83/84